

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

75/12

ZIMBABWE

Wellington
Chibebe in Wien

SÜDAFRIKA

Gespräch mit
Raymond Louw

NAMIBIA

Frauenkalender 2013



SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADOCC:

- Dokumentation und Bibliothek in A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1 (Öffnungszeiten: Dienstag 13.30-17.30) Tel. 01/505 44 84 Fax 01/505 44 84-7 URL: <http://www.sadocc.at>
- das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA
- monatliche Veranstaltungen „Forum Südliches Afrika“
- Stadtspaziergänge „Afrikanisches Wien“
- Projekt „Women in Need“ in Kapstadt

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 22,- (für Institutionen EUR 40,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten. Das Abonnement von INDABA kostet EUR 13,-.

Abo- oder Mitgliedsbeitrags-Einzahlungen auf unser Konto bei der BA-CA, BLZ 20151, Konto 610 512 006; Spenden erbeten auf Konto: Postsparkasse, BLZ 60000, Kto-Nr. 93.009.960.

ACHTUNG - geänderte Postadresse: Wir haben unser Postfach aufgelassen – postalische Zusendungen bitte nur mehr an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1!

Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADOCC. Spenden können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000

Österreichische Namibia-Gesellschaft

bemüht sich im Rahmen von SADOCC um österreichische Solidarität mit dem 1990 unabhängig gewordenen Namibia.

Aktuell:

Fundraising für Hausangestelltenprojekt in Windhoek

(Spenden erbeten auf Konto PSK, BLZ 60000, Nr. 92.000.111)

Unterstützung für San-Schule nahe Tsumeb Informationsveranstaltungen

Interessierte sind zur Mitarbeit herzlich eingeladen.

Weitere Infos:

Tel.: (01) 505 44 84 oder

E-Mail: namibia@sadocc.at

	3	<u>Weichenstellung in Zimbabwe?</u>
		Der Gewerkschafter Wellington Chibebe sieht die politische Zukunft seines Landes vorsichtig optimistisch
<u>Kontroverse über Verfassung</u>	4	
<u>spektrum</u>	6	
	9	<u>Regierung schätzt Kritik nicht</u>
		Gerlinde Ehrenreich sprach mit einem Emeritus des südafrikanischen Journalismus, Raymond Louw, über die Entwicklung am Kap
		
<u>Polizeimassaker in Südafrika</u>	12	
	13	<u>Südafrikanischer Wiener</u>
		Mariusz Lukasiewicz aus Kapstadt blickt auf seine sechsjährige Studienzeit in Wien zurück
<u>Safaritourismus zwischen Tierschutz und „Empowerment“</u>	16	
	20	<u>Frauenkalender 2013</u>
		Ein Kulturprojekt der Österreichischen Namibia-Gesellschaft zur Unterstützung der Hausangestelltengewerkschaft
<u>Nachruf auf Neville Alexander</u>	27	



*Impressum: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). **E-mail:** office@sadocc.at **URL:** http://www.sadocc.at. **Druck:** RemaPrint (1160 Wien). **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Elisabeth Koller. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Sophie Brandtner, Gerlinde Ehrenreich, Astrid Esterlus, Monika Goodenough-Hofmann, Robert Konrad, Adalbert Krims, Mariusz Lukasiewicz, Stephanie Pongratz, Eva Rauter, Walter Sauer, Therese Ulbrich, Magdalena Waygand, Manuela Zips-Mairitsch, Werner Zips. **Fotos:** Sophie Brandtner, Mariusz Lukasiewicz, Robert Konrad, Cornelia Mittendorfer, Birgit Reiter, SADOCC, Walter Sauer, Dragan Tatic/HBF, Manuela Zips-Mairitsch. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 10. September 2012. **Konto:** BA-CA, BLZ 12000, Konto-Nr. 00610 512 006 oder PSK, BLZ 60000, Konto-Nr. 93.009.960. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Peter Jankowitsch, Wien; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Shula Marks, London; Christian Mährdel †, Wien.*

Stimme aus dem Süden:

Gewerkschaften und Entwicklungspolitik

Der zimbabwische Spitzengewerkschafter Wellington Chibebe hielt das Hauptreferat bei der Entwicklungspolitischen Enquete des Österreichischen Gewerkschaftsbundes am 12. September in Wien. Seine These: Mehr Berücksichtigung von Arbeitnehmerthemen in der Entwicklungspolitik! Walter Sauer berichtet.

Für den 12. September hatte der Österreichische Gewerkschaftsbund – erstmals wieder seit etlichen Jahren – zu einer entwicklungspolitischen Enquete eingeladen. Caritas-Präsident Franz Küberl, die Geschäftsführerin der *Arbeitsgemeinschaft Globale Verantwortung*, Ruth Picker, und der Direktor der *Österreichischen Forschungsstiftung für internationale Entwicklung*, Werner Raza, hatten als Podiumsdiskutanten zugesagt. Das Hauptreferat aber hielt der frühere Generalsekretär des *Zimbabwe Congress of Trade Unions* und jetzige stellvertretende Chef des *Internationalen Gewerkschaftsbundes*, Wellington Chibebe. Thema der Veranstaltung: Entwicklungspolitik



Wellington Chibebe

aus gewerkschaftspolitischer Sicht, eine Materie also, die angesichts der in den letzten Jahren überwiegenden Business-Lastigkeit der heimischen Entwicklungszusammenarbeit durchaus für Spannung sorgte.

Das derzeitige Entwicklungsmodell der Weltwirtschaft, basierend auf „Mehr Markt, weniger Staat“, habe nicht zu nachhaltigem Wachstum und sozialem Fortschritt geführt, weder in den Entwicklungsländern noch in den Schwellen- oder Industrieländern, beginnt Chibebe seine Überlegungen. „Unregulierter Kapitalismus zerstört unsere Umwelt und ist nicht nachhaltig. Wir brauchen ein alternatives globales Produktionssystem, das human und sozial verantwortlich ist. Es muß auf menschenwürdige Arbeit und auf Investitionen in die Menschen durch Bildung und Gesundheitsversorgung ausgerichtet sein, der regionalen Integration Priorität einräumen und dem Schutz der Umwelt und der Arbeitnehmerrechte gerecht werden. Wir brauchen internationale Rahmenbedingungen, die einen ausgewogenen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt – auch der Entwicklungsländer – und deren gerechte Teilhabe an der globalisierten Wirtschaft ermöglichen. Wir lehnen

die Plünderung der natürlichen Ressourcen in den Entwicklungsländern durch multinationale Unternehmen und korrupte Eliten ab und unterstützen die Bemühungen dieser Länder um den Ausbau ihrer Wertschöpfungskapazitäten im Produktionsbereich unter umfassender Achtung der Arbeitnehmerrechte. Der Abbau natürlicher Ressourcen durch multinationale Konzerne muß den betroffenen Gemeinden und Ländern zugutekommen und mit einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar sein.“

Entwicklungspolitik versteht der prominente Gewerkschafter aus Zimbabwe als ein Instrument zur Realisierung dieser neuen Wirtschaftsordnung. Nicht als das einzige – mindestens genauso wichtig sind für ihn etwa Handels- oder Steuerpolitik (Finanztransaktionssteuer), überhaupt alle Maßnahmen, die die Finanzspekulation eindämmen, die Realwirtschaft stärken und mehr Wertschöpfung in den Ländern des Südens ermöglichen. Aber in diese Reihe gehöre auch Entwicklungspolitik, so Wellington Chibebe: „Es geht dabei letztlich um Solidarität, um auf globaler wie auch nationaler Ebene einen Zustand herzustellen, der die volle Realisierung der in der Erklärung der Menschenrechte der UNO fest-

Arbeit als wesentlicher Faktor

geschriebenen sozialen Grundrechte für alle Menschen ermöglicht. Es

geht um soziale Gerechtigkeit.“ – schon deshalb eine interessante These, weil der Begriff „soziale Gerechtigkeit“ im Dreijahresprogramm der österreichischen

EZA: Gewerkschaften fördern!

Entwicklungszusammenarbeit nicht vorkommt.

Der Faktor Arbeit müsse daher für eine Entwicklungspolitik, die sich als Beitrag zur Realisierung einer sozial gerechten Weltordnung verstehe, eine Schlüsselrolle spielen, so Wellington Chibebe. „Erstens können wir die aktuellen globalen Herausforderungen ohne menschenwürdige Arbeit, also ohne die Schaffung zufriedenstellender Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen gar nicht bewältigen. Und zweitens gehören die Gewerkschaften – zusammen mit Jugend-, Bauern- oder Frauenorganisationen – zu den Hauptakteuren des Kampfes um soziale Gerechtigkeit. Entwicklungspolitik verstehen wir ja nicht als Charity, als humanitäre Hilfe (die ja auch wichtig ist, aber an den Ursachen der Probleme nichts ändert), sondern als Empowerment jener gesellschaftlichen Kräfte, die nachhaltig für Veränderung kämpfen.“

Chibebe verweist hier auf sein Heimatland Zimbabwe, wo der Gewerkschaftsbund – der *Zimbabwe Congress of Trade Unions* – als einer der ersten in den 1990er Jahren die Frage einer neuen, demokratischeren Verfassung angesprochen hat und Pate für so manche Bürgerrechtsorganisation und letztendlich auch für die Opposition, heutige Mit-Regierungspartei MDC (*Movement for Democratic Change*) Pate gestanden ist – mit allen Folgen der Unterdrückung durch den ZANU PF-kontrollierten Staatsapparat.

Chibebe zu

„Ich bin sehr optimistisch“, sagt mir Wellington Chibebe, früherer Generalsekretär des Zimbabwe Congress of Trade Unions (ZCTU), dem ich in seinem einfachen Büro in Brüssel gegenüber sitze. „Zimbabwe ist als Land etwas Besonderes, die Menschen arbeiten hart, es hat große Ressourcen, ich habe großes Vertrauen in den Prozeß, der jetzt läuft, sehr bald schon wird alles in Ordnung kommen. Sobald wir eine demokratisch gewählte Regierung haben werden, wird es höchstens fünf Jahre dauern, daß wir den Standard von Mitte der 90er Jahre wieder erreichen – darauf wette ich meinen letzten Dollar!“

Ja, wenn es einmal eine demokratische Regierung geben wird... Wann das sein wird, steht freilich noch in den Sternen – darüber gibt sich auch Wellington keinen Illusionen hin. Nach wie vor besteht kein Konsens über die neue Verfassung, unter der 2013 Parlamentswahlen abgehalten werden sollen. Zwar wurde von COPAC, einer gemeinsamen Kommission der drei Regierungsparteien (ZANU PF und der beiden MDCs), ein Entwurf ausgearbeitet, dieser jedoch postwendend von ZANU PF wieder verändert. „Dabei geht es um einige ganz zentrale Materien“, sagt Wellington. „Zum einen soll die Stellung des Präsidenten geschwächt und sollen dafür das Parlament und die Regionen gestärkt werden, und zum anderen ist die Möglichkeit der Doppelstaatsbürgerschaft umstritten.“ Immerhin 3,5 Millionen Zimbabwe/innen sollen sich angeblich im Ausland befinden, viele davon haben eine britische oder eine andere Staatsbürgerschaft angenommen – ein nicht unbedeutendes Wählerpotential also.

Wenn es zu keiner Lösung kommt, fordern die beiden Flügel des MDC und viele Nichtregierungsorganisationen die Abhaltung einer sogenannten Stakeholderkonferenz; ZANU PF hingegen tritt für die Abhaltung der Wahlen noch unter der gegenwärtigen, wenig demokratischen Verfassung ein. Was dann passieren würde?

Ja, derzeit gebe es eine Situation relativen Friedens, sagt Wellington, aber das könne sich ändern. Immerhin kontrolliere Mugabes Partei alle sicherheitsrelevanten Ministerien und Institutionen, und innerhalb von ZANU PF gebe es verschiedenen Machtzentren, die miteinander konkurrierten. Auch die Spitzen des Justizwesens befänden sich in den Händen der traditionellen Regierungspartei, viele Richter agierten allerdings sehr professionell und unabhängig, daher komme es immer wieder zu korrekten Urteilsprüchen. Und er hoffe, daß im Fall einer Neuwahl die beiden Teile des MDC, die in vieler Hinsicht miteinander konkurrierten, eine gemeinsame Wahlplattform schließen würden.

„Nichtregierungsorganisationen, darunter auch die Gewerkschaften, spielen in Zimbabwe eine bedeutende Rolle“, sagt Wellington. „Politisch stimmen sie in wesentlichen Fragen mit dem MDC überein, auch wenn es

Zimbabwe

immer wieder unterschiedliche Ansichten gibt. Die Teilnahme der MDCs an der durch das Global Political Agreement geschaffenen gemeinsamen Regierung hat natürlich auch zu vielen Kompromissen geführt, oft müssen die MDC-Minister eine gemeinsame Regierungslinie vertreten, auch wenn sie gar nicht davon überzeugt sind. Und immer wieder werden Entscheidungen getroffen, die mit den NGOs nicht wirklich konsultiert worden sind, das schafft natürlich böses Blut. Andererseits gibt es freilich auch NGOs mit extremen Ansichten, die sich nur selbst profilieren wollen und nicht an eine Mitgliederbasis rückgekoppelt sind, das macht es dann auch nicht leichter.“

Eine der größten, wenn nicht überhaupt die größte Organisation Zimbabwes sei mit etwa 300.000 Mitgliedern ZCTU, der *Zimbabwe Congress of Trade Unions*. Nicht nur wegen seiner starken Mitgliederbasis, sondern auch durch seine starke Vernetzung mit gesellschaftlichen Instanzen, sowohl in den Städten als auch auf dem Land, komme ihm immer noch ein hoher innenpolitischer Stellenwert zu, so Wellington. Nach ausführlicher Prüfung habe ZCTU dem COPAC-Verfassungsentwurf als Arbeitsdokument zugestimmt. ZANU PF wisse genau, daß ZCTU das Rückgrat des demokratischen Widerstands sei, und habe deshalb mit einer Infiltrierungsstrategie begonnen. Nicht ohne Erfolg, letztlich aber hätten sich – wie der Gewerkschaftskongreß 2011 gezeigt habe – die Kräfte des Widerstands doch behaupten können.

Wie er zur Forderung der NGOs stehe, nach südafrikanischem Vorbild eine Wahrheits- und Versöhnungskommission einzurichten, um die Menschenrechtsverletzungen der Regierungszeit Mugabe aufzuarbeiten? „Diese Forderung ist nach wie vor aktuell“, stimmt Wellington zu. „Es gibt Emotionen und Betroffenheiten, und diese müssen zur Kenntnis genommen und aufgearbeitet werden. Dabei geht es nicht notwendigerweise um materielle Kompensation, sondern darum, daß die Opfer gehört werden und ihr Leiden zur Kenntnis genommen wird. Mein persönliches Beispiel: Ich wurde in den Polizeizellen fast zum Krüppel geschlagen, meine linke Hand kann ich bis heute nur eingeschränkt bewegen. Ich würde sehr gern wissen, wer mich so behandelt hat und auf wessen Befehl. Heute müßte ich jeden Uniformierten verdächtigen und kann mich nicht mit jemand Bestimmtem auseinandersetzen.“

Das ist im Vergleich zu dem, was Andere mitgemacht haben, sicher nur eine Kleinigkeit, und ich sage es nur als ein Beispiel. Wir als Gesellschaft dürfen nicht so tun, als ob nichts geschehen wäre, vom Massaker im Matabeleland Anfang der 80er Jahre angefangen. Darin stimmen alle demokratischen Kräfte überein.“

Walter Sauer

Was das inhaltlich für die (Neu-)Konzeption von Entwicklungspolitik etwa in Österreich bedeute, wird Chibebe gefragt. Ohne im Detail auf die österreichische Situation einzugehen, spricht er Folgendes an: eine stärkere Bezugnahme auf das „decent work“-Konzept der ILO, eine Schwerpunktlegerung auf Beschäftigungspolitik (*job creation*), verbesserte Arbeitsbedingungen und Arbeitnehmerschutz in Betrieben sowohl in einheimischer – privater oder staatlicher – Hand als auch bei ausländischen Investitionen, die Stärkung von Gewerkschaften bzw. Interessensverbänden informell Beschäftigter, die Entwicklung von Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsinstitutionen sowie letztlich die Förderung des Sozialdialogs. Auch ein vergleichsweise kleiner Geberstaat wie Österreich könne hier angesichts seines vergleichsweise hohen sozialstaatlichen Niveaus und seiner funktionierenden Sozialpartnerschaft wertvolle Erfahrungen einbringen.

Wichtige Rolle der ILO in Genf

ansätze dazu - denkt man Wellington Chibebes Anregungen weiter - hat es in der heimischen Entwicklungszusammenarbeit ja schon gegeben: die Förderung kleiner Gewerkschaftsprojekte (etwa des gewerkschaftsnahen Vereins *Weltumspannend arbeiten*) oder Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation, wenn auch nur auf dem Balkan. Vom Sozialministerium wurde in der ersten Hälfte der 90er Jahre der Aufbau eines Sozialversicherungssystems in Zimbabwe gefördert (was ja dann leider der politischen Krise zum Opfer fiel).

... spektrum ...

Parlamentswahlen in Angola haben am 31. August 2012 stattgefunden – erst zum zweiten Mal seit dem Ende des Bürgerkrieges und zum dritten Mal seit der Staatsgründung 1975. Landesweit waren mehr als 10.000 Wahlstationen für die etwa neun Millionen registrierten Wähler/innen errichtet worden, neun Parteien beteiligten sich insgesamt. Bei Abgabe seiner Stimme in einer Schule in Luanda rief Staatspräsident José Eduardo dos Santos die Bevölkerung neuerlich zur Teilnahme an der Wahl auf. Einer Wahl allerdings, welche, Prognosen zufolge, die Vorrangstellung der regierenden MPLA bekräftigen dürfte. Beim letzten Urnengang 2008 hatte die Regierungspartei ca. 81 Prozent der Stimmen erhalten, während auf die oppositionelle *UNITA* (hervorgegangen aus der terroristischen Rebellenbewegung des 2002 ums Leben gekommenen Jonas Savimbi) nur 10 Prozent entfallen waren.

Nach der neuen angolanischen Verfassung von 2010 wird der Vorsitzende der stimmenstärksten Partei automatisch Staatspräsident. Zuvor hatte die Verfassung Direktwahlen für das Präsidentenamt vorgesehen, die allerdings (teilweise kriegsbedingt) nur einmal abgehalten wurden, und auch da nur ein erster Durchgang im Jahr 1992. Der amtierende Präsident Dos Santos regiert seit 1979. Unter dem Eindruck des „nordafrikanischen Frühlings“ hatte die MPLA im vorigen Jahr mit dem Vorsitzenden des verstaatlichten Erdölkonzerns *Sonangol*, Manuel Vicente, einen Nachfolgekandidaten bestimmt. Unklar ist jedoch, ob Dos Santos seine neuerliche Amtszeit ausfüllen oder seinen Posten zwischenzeitlich aufgeben wird.

Sowohl die oppositionelle *UNITA* als auch Nichtregierungsorganisa-

tionen klagten über Manipulationen bei der Wahlvorbereitung, vor allem bei der Erstellung der Wählerlisten, in denen angeblich tausende Wahlberechtigte nicht enthalten sind. Zu einem Zwischenfall mit der Polizei war es in Luanda gekommen, als Anhänger der neuen Partei *CASA-CE (Koalition Erlösung)*, die sich im April aus ehemaligen Funktionären beider bisheriger Parteien gebildet hatte und die vor allem die Jugend anzusprechen versucht, ihre Akkreditierung als Wahlbeobachter durch die Wahlkommission erzwingen wollten. Mehrere Demonstranten waren verhaftet und Schüsse abgefeuert worden. Ansonsten verlief die Wahlkampagne friedlich.

Die ersten Gemeinderatswahlen sind in Angola für 2014 geplant.

Massiver Wahlboykott in Swasiland. Bei der Registrierung für die 2013 anstehenden Kommunalwahlen sind hunderttausende Bürger/innen Ende August dem Aufruf der Opposition zum Wahlboykott gefolgt. Während sich für die ersten Parlamentswahlen im Jahr 2008 noch 350.000 Wähler/innen gemeldet hatten, waren es jetzt nur knapp 27.000. Die Regierung in Mbabane hat die Frist für die Registrierung nun um eine Woche verlängert.

Die unterdrückte Opposition und Gewerkschaften haben zum Boykott aus Protest gegen das undemokratische politische System aufgerufen. Zu den Wahlen dürfen nur vom Regime ausgewählte Kandidaten antreten. Der autokratisch regierende König, Mswati III., steht Reformen ablehnend gegenüber (INDABA 71/11). Während er und seine 13 Frauen für ihren extravaganten Lebensstil bekannt sind, lebt der größte Teil der Bevölkerung in bitterster Armut, HIV/Aids ist weit verbreitet. Trotz der neuen Verfassung ist die königliche Proklamation von

1973, die politische Parteien untersagte, nach wie vor in Kraft. Politische Aktivitäten von Organisationen und Gewerkschaften, die regierungskritisch sind, werden verboten oder von der Polizei behindert, die Medien werden zensuriert.

Für die Zeit um den Unabhängigkeitstag, den 6. September, rief die *Swaziland Democracy Campaign* zu einer internationalen Solidaritätswoche für Swasiland auf.

Botswana – Diamanten. Der größte Diamantenhändler der Welt, De Beers, hat damit begonnen, sein Rohdiamanten-Geschäft nach Botswana zu verlagern. Als erster Schritt wurde zunächst das Sortieren der Edelsteine in die Hauptstadt Gaborone verlagert, wie Firmenchef Philippe Mellier Anfang August mitteilte. Ab Ende 2013 will das Unternehmen dann alle Rohdiamanten über Gaborone verkaufen. Bisher waren Verkauf und Sortierung in London ansässig.

Nach Angaben Melliers würde Gaborone damit zum weltweit führenden Zentrum für den Handel mit



De Beers-Gründer Cecil Rhodes

Rohdiamanten. Künftig würden demnach Steine im Wert von rund 6 Mrd. Dollar (4,9 Mrd. Euro) über das südafrikanische Land verkauft. DeBeers ist Weltmarktführer im Bereich Abbau und Verkauf von Diamanten. Die Firma wurde 1888 vom englischen Politiker und Geschäftsmann Cecil Rhodes gegründet.

Zimbabwe: Razzien gegen Homosexuelle. Die Repression gegen Homosexuelle in Zimbabwe nimmt nach Angaben von Aktivist/inn/en zu. Eine Woche nach der Festnahme von 44 Homosexuellen durchsuchten Dutzende Polizisten das Büro der Schwulen- und Lesbengruppe GALZ in Harare, wie das Bündnis afrikanischer Bürgerrechtsgruppen ARASA mitteilte. Die Beamten hätten Computer und Dokumente mitgenommen. Offiziell hieß es, die Suche habe illegalem Datenmaterial und anstößigen Publikationen gegolten. ARASA hingegen sprach von „Übergriffen“ und „willkürlichen Festnahmen“. Die 44 Homosexuellen seien festgenommen worden, als sie sich versammelt hätten, um einen Bericht über Verletzungen der Rechte Homosexueller und Informationen über Verstöße im Verfassungsentwurf für Zimbabwe zu veröffentlichen. Die Organisation verurteilte die Übergriffe und forderte die Freilassung der Festgenommenen. Der langjährige autoritäre Machthaber des südostafrikanischen Landes, Robert Mugabe, hatte homosexuelle in der Vergangenheit als „Hunde und Schweine“ bezeichnet.

Ex-Polizist in Zimbabwe wegen Gewalt in Diamantenmine verurteilt. Ein früherer Polizeioffizier ist in Zimbabwe wegen der Ermordung eines Diamantenwäschers in einer Mine zu 18 Jahren Haft verurteilt worden. Das Gericht in Harare sah es als erwiesen an,

daß der 51-jährige Polizist im Jahr 2008 einen illegalen Diamantenwäscher im Marange-Gebiet mit Knüppeln zu Tode geprügelt hatte. Außerdem wurde der Ex-Polizist zu weiteren drei Jahren Haft verurteilt, weil er drei weitere Diamantenwäscher mißhandelt hatte. Es war das erste Mal, daß ein Gericht in Zimbabwe ein Urteil zu Gewalt in den Minen des Landes sprach.

Die zimbabwe'sche Armee hatte 2008 gewaltsam die Kontrolle über die wertvollen Minen des Marange-Gebiets übernommen. Dabei kamen nach Angaben von Menschenrechtsgruppen rund 200 Menschen ums Leben. 2009 wurde der Handel mit Diamanten aus den Minen durch den sogenannten Kimberley-Prozess zur Bekämpfung des illegalen Diamantenhandels untersagt, inzwischen jedoch teilweise wieder erlaubt. Im August 2011 berichtete die BBC über Folter und Zwangsarbeit auf den Diamantenfeldern im Marange-Gebiet.

Streik bei chinesischer Firma in Namibia. In Namibia nimmt der Unmut über die Praktiken chinesischer Baufirmen zu. Mehr als hundert Arbeiter an der in Bau befindlichen neuen Militäarakademie in Okahandja begannen



Chinesische Baufirmen auch in Windhoek stark präsent

Anfang Juli einen Streik, um gegen Verletzungen des namibischen Arbeitsrechts durch die *Jiangsu Zhengtai Construction Group* zu protestieren. Im Speziellen bezogen sich die Beschwerden auf niedrige Stundenlöhne (5 Nam-\$ anstatt des gesetzlichen Mindestlohns von 11 Nam-\$), die Vorenthaltung von Urlaub und Krankenstand sowie die Weigerung der Firma, die Beschäftigten bei der Sozialversicherung anzumelden.

Ein Sprecher der Firma, Vincent Zhang, bezeichnete den von der *Metal and Allied Workers Union (MANWU)* organisierten Streik als illegal und wies alle Vorwürfe zurück. Die Bezahlung der Arbeiter würde nach „Produktivität“ erfolgen. Bezüglich der Sozialversicherung stünde man in „Kommunikation“ mit dem Arbeitsministerium, um eine geeignete Vorgangsweise zu finden.

Oppositionsproteste in Namibia. Einen viertägigen Sitzstreik organisierte die größte Oppositionspartei im namibischen Parlament, die von der SWAPO abgespaltene *Rally for Democracy and Progress (RDP)*, im Juli 2012 in Windhoek, erst vor dem Gebäude des Verfassungsgerichtshofs, dann in den Gartenanlagen des Parlamentsgebäudes. Sie protestierte damit gegen die Verzögerung des Urteilspruchs des Obersten Gerichtshofs betreffend die Beschwerde der Oppositionsparteien über Wahlfälschungen bei den letzten Parlamentswahlen im Jahr 2009, welche die regierende SWAPO mit einer Dreiviertelmehrheit gewonnen hatte.

Daß die Klage seither den gerichtlichen Instanzenzug nach oben geklettert und nunmehr seit langem beim Obersten Gerichtshof anhängig ist, wird von RDP-Vertretern als Zeichen dafür gewertet, daß die vorgelegten Beweise für massive Manipulationen

vor allem in den Wahlkreisen des Nordens von den Gerichten als stichhaltig gewertet wurden und nunmehr ein Urteil zu Lasten der Regierungspartei erfolgen müßte. Dies würde nicht nur eine politische Niederlage für die SWAPO bedeuten, sondern auch die Legitimität der inzwischen zu Ende gehenden Legislaturperiode in Frage stellen (die nächsten Wahlen zum Parlament stehen im November 2013 an). Als indirekte Folge der Klage sieht man die Bemühungen des Innenministeriums um eine neues Wahlgesetz und neue Vorschriften zur Erstellung des Wählerregisters.

Der Sitzstreik vor dem Parlament mußte von der RDP aufgrund einer polizeilichen Anweisung („Betreten der Bannmeile“) beendet werden, was als „politische Benachteiligung“ kritisiert wurde. Protestaktionen dieser Art sind in Namibia eher selten. Gemeinsam

mit der kurz zuvor stattgefundenen Besetzung der SWAPO-Parteizentrale in Windhoek durch arbeitslose Jugendliche deutet auch die RDP-Protestaktion auf zunehmende Unzufriedenheit in verschiedenen Bevölkerungskreisen und eine daraus entstehende Radikalisierung der namibischen Innenpolitik hin.

Neuer Botschafter von Moçambique. Sein Beglaubigungsschreiben hat der Botschafter von Moçambique in der Bundesrepublik Deutschland, Amadeu Paulo Samuel da Conceição, am 2. Juli an Bundespräsident Heinz Fischer überreicht. Begleitet wurde er dabei von Botschaftssekretär Domingos Fernando. Botschafter da Conceição, geboren 1960, absolvierte ein Studium an der Hochschule für Internationale Beziehungen in Maputo und eine Ausbildung an der Akademie



Der neue Botschafter von Moçambique

für Rechts- und Staatswissenschaft der DDR in Potsdam (1988-1989). Er war Geschäftsträger in Bonn (1990-1991), Botschafter in Italien, Brasilien und Kuba. 1999-2002 amtierte er als Protokollchef in Maputo. Er spricht Französisch, Englisch, Spanisch, Italienisch und Deutsch. Österreich wird von Berlin mitbetreut, Moçambique ist in Wien durch ein Honorarkonsulat vertreten.

Dawid Kruiper verstorben

Am 13. Juni 2012 verstarb der weltweit bekannte Dawid Kruiper (76) in Upington, Northern Cape. Der südafrikanische Traditional Leader der Khomani San widmete sein Leben dem Kampf gegen Diskriminierung und Enteignung der sogenannten „Buschmänner“. Er selbst wurde im Kalahari National Park (heute *Kgalagadi Transfrontier Park*) geboren und wie auch die anderen Mitglieder seiner Community in den frühen 70er Jahren daraus vertrieben. Nach dem Ende der Apartheid war er die treibende Kraft hinter den Bemühungen, die zur erfolgreichen Landrückgabe an die Khomani San führten. 1999 und 2002 wurden große Flächen sowohl außerhalb als auch innerhalb des Parks an die Khomani zurückgegeben. Doch heute noch kämpfen die Mitglieder der Community um die ihnen zustehenden Rechte zur Nutzung ihres Landes.

Dawid Kruiper, den ich persönlich im Zuge meiner Forschungen (Diplomarbeit „Lions and Jackals. Peace Parks im Südlichen Afrika“) nicht nur kennenlernen durfte, sondern auch als Freund gewonnen habe, brachte seinen Schmerz über die Landproblematik in einem Interview zum Ausdruck: „*Mein Herz liegt im Park. Dort, wo ich geboren wurde und aufgewachsen bin. Dort liegt unsere Kultur und unsere Tradition. Aber ich, Dawid, habe nicht das Recht und die Macht hineinzugehen.*“

Dawid Kruiper war nicht nur ein traditioneller Führer, sondern auch ein großer Heiler, der sich intensiv für die intellektuellen Besitzrechte der indigenen Bevölkerung (Stichwort Hoodia) stark gemacht hat und so auch die Politik bezüglich CITES (*Convention on International Trade in Endangered Species of Flora and Fauna*) mit beeinflusst hat.

Sein Tod ist ein großer Verlust für seine Familie, die //Sa! Makai, für seine Community, die Khomani San, und für indigene Bevölkerungen weltweit. Auf zurückgegebenem Land außerhalb des Kgalagadi Transfrontier Park wurde Dawid Kruiper begraben. Mögest du dort den Frieden finden, für den du gekämpft hast.



Robert Konrad

Viel besser als in der Vergangenheit

... aber geliebt wird unabhängige Kritik nicht

Zu einer Diskussionsveranstaltung über „Medien, Konflikte und Menschenrechte“ lud die Austrian Development Agency (ADA) für den 4. Juli 2012 in die Diplomatische Akademie in Wien ein. Hauptreferent war der südafrikanische Journalist Raymond Louw (86), ein prominenter Kämpfer für Medienfreiheit unter dem Apartheidregime und nach wie vor ein kritischer Beobachter der Entwicklung. Gerlinde Ehrenreich sprach mit ihm über die Situation im heutigen Südafrika.

Ich war sehr kurzfristig gefragt worden, ob ich ein Gespräch mit Raymond Louw führen und darüber einen Artikel für INDABA schreiben mochte. Ich kannte Louw nicht, fand aber bald Informationen zu seiner sehr beeindruckenden Biographie, die von einem großen, nachhaltigen Engagement für Pressefreiheit und Demokratie geprägt ist. So war Raymond Louw unter anderem Mitte der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre Herausgeber der Apartheid-kritischen Zeitung *Rand Daily Mail*. Später verlegte er selbst über viele Jahre, bis 2011, den wöchentlichen *Southern Africa Report*. Vor den ersten demokratischen Wahlen in Südafrika 1994 wurde er als Vorsitzender des *Freedom of Expression Institute* in die unabhängige Medienkommission bestellt, deren Aufgabe es war sicherzustellen, daß der staatliche Rundfunk und vom Staat finanzierte Medien unparteiisch waren. Raymond Louw ist heute Vorsitzender des Südafrikanischen Presserates.

Das Interview fand an einem dieser heißen Sommertage Anfang Juli im Gastgarten eines Wiener Cafés statt. Da ich keine Zeit gehabt hatte,

mich speziell vorzubereiten, beschloß ich, mit meinen Fragen an meinen mehrmonatigen Forschungsaufenthalt zum Jahreswechsel 1996/1997 in Johannesburg anzuschließen. Während dieser Zeit hatten die Anhörungen der Wahrheits- und Versöhnungskommission (*Truth and Reconciliation Commission*) stattgefunden. Mich interessierte zu erfahren, was die TRC aus Sicht Raymond Louws bewirkt hatte, und ich merkte an, daß es damals auch einige Kritik gegeben hatte.

Louw bestätigte, daß es eine Menge Kritik über die TRC gegeben hatte, über die Anhörungen und was sie bewirkten. Er selbst sei zur Rolle der Presse in der Apartheidära befragt worden und findet im Rückblick, daß ihm damals die falschen Fragen gestellt worden seien. So sei er in erster Linie über die Schließung des *Rand Daily Mail* befragt worden und nicht – wie er es für wichtig gefunden hätte – über die Rolle der Zeitung während der Apartheid. Ihre Schließung hatte seines Erachtens mit einer finanziellen Fehlkalkulation zu tun, sowie mit dem Unvermögen



Ehepaar Louw mit ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser

**TRC - nicht
perfekt, aber
alternativlos**

der Geschäftsführung, und sei nicht in erster Linie politisch motiviert gewesen, auch wenn sich Viele über die Schließung gefreut hätten. Anliegen der Zeitung sei es nämlich gewesen, so viel Information wie möglich darüber zu veröffentlichen, was den Schwarzen durch das Apartheidsystem angetan wurde, was diese erleiden mußten, wie die Polizei ihre Macht mißbrauchte und wie fatal sich das auswirkte. Daß der *Rand Daily Mail* dies kontinuierlich aufgezeigt habe, habe den Weißen – insbesondere den AnhängerInnen der National Party – geholfen zu verstehen, daß das, was sie taten, falsch

war. Dies habe damals möglicherweise dazu beigetragen zu verhindern, daß das Land in einen Bürgerkrieg geriet.

Einige Leute seien der Meinung, so Raymond Louw, daß die TRC zwar etwas Gutes getan habe, aber nicht wirklich an den Kern der Probleme herangekommen sei. Vielleicht sei nicht so sehr in die Tiefe gegangen worden, wie es nötig gewesen wäre.



Im Parlament: Ehepaar Louw, Walter Sauer, Ulrike Lang

Möglicherweise habe Desmond Tutu, der Vorsitzende der Kommission, Angst davor gehabt, weil er gespürt habe, es könnten weitere Feindseligkeiten sowohl unter den Schwarzen als auch unter den afrikaanssprachigen Weißen aufgerührt werden.

Für viele Afrikaaner/innen sei schon das, was sie bei den Anhörungen erfuhren, ein großer Schock gewesen. Sie hätten dadurch realisiert, daß viele der Geschichten, die ihnen erzählt worden waren, Lügen gewesen waren und daß vieles, was als Lügen – z.B. aus englischsprachigen Kreisen – abgetan worden war, die Wahrheit war. Es sei ein großer Schock für die Afrikaaner/innen gewesen, in vollem Ausmaß zu erkennen, was sie als Gruppe Anderen angetan hatten.

Raymond Louw meint abschließend, daß die TRC ihre Rolle zu spielen gehabt habe, und fragt, was die Alternative gewesen wäre? Nürnberger Prozesse? Wohin hät-

ten sie das Land gebracht? Ohne die Wahrheitskommission, ohne das Herauslassen der Wahrheit, wäre es nicht möglich gewesen, als eine Gesamtheit, als ein Land, als eine Nation weiter zu machen. Ohne sie wäre es zu einer Feindschaft gekommen und zu einem Unvermögen, gemeinsam weiter zu gehen. Die Menschen würden nun besser miteinander auskommen als zuvor – nicht so gut, wie sie es sollten, aber um vieles besser als in der Vergangenheit.

Wirklich bemerkenswert sei es, so Raymond Louw, wie Weiße und Schwarze heute partnerschaftlich in Geschäftsunternehmungen zusammenarbeiteten. Auf meine Frage, ob Schwarze denn tatsächlich gleichberechtigt seien, spricht Louw das Problem an, daß es unter den Schwarzen nur wenige mit entsprechender Ausbildung und Erfahrung gebe. Es wäre richtiger gewesen, Positionen mit Menschen mit den entsprechenden Fähigkeiten zu besetzen und nicht mit jenen, die Mitglied der Partei waren. Sehr viele

Problem Black Empowerment

Fachkräfte seien in den 1990er Jahren ausgewandert, Vieles in der öffentlichen Verwaltung, in den Schulen, im öffentlichen Verkehr und in anderen Bereichen funktioniere nicht. Wenn man der Partei (dem ANC) gegenüber loyal sei, bekomme man einen Job. 1948 hätten die Afrikaaner dasselbe gemacht, aber sie hätten die Leute auch ausgebildet. Das sei der Unterschied zu heute.

Heute entwickle sich eine Art neuer Rassismus. Es gebe eine große Zahl von arbeitslosen Schwarzen ohne Ausbildung, mit einer sehr geringen Chance auf einen Job. Diese Menschen seien sehr wütend und fühlten, daß Weiße bevorzugt würden. Es gebe

sehr viel Ärger gegenüber der Regierung, die sich in vielen Bereichen als inkompetent und ineffizient erweise, etwa im Gesundheits- und Bildungswesen. Louw fügt jedoch hinzu, daß ein sehr optimistischer Faktor in Südafrika jener sei, daß die stärkste Kritik an der Regierung von Schwarzen komme. Wenn weiße Journalist/inn/en und Analyst/inn/en die Regierung kritisierten, würden sie des Rassismus beschuldigt. Es sei daher sehr positiv, daß schwarze Journalist/inn/en sehr kritisch seien.

Raymond Louw kommt zurück auf die Zeit, in der ich selbst in Südafrika war. 1996 habe es sehr viel Hoffnung gegeben. Es habe viele engagierte Menschen aus verschiedensten Umfeldern gegeben, die gemeinsam etwas erreicht hätten. Man hätte damals Regierungsabteilungen anrufen und Informationen bekommen können. Heute sei das nicht mehr möglich. Viele Hoffnungen hätten begonnen, sich abzukühlen. Die Sache sei nicht verloren, aber es gebe eine gewisse Hoffnungslosigkeit und Unzufriedenheit. Kriminalität, Korruption – all das werde nicht besser, solange die Regierung nicht in praktischer Weise agiere und sich mit den Problemen nicht wirklich auseinandersetze.

Stark kritisiert Raymond Louw, daß die Regierung bei der Bildung ziemlich versagt habe und es nicht genügend ausgebildete Menschen gebe. Im Norden gebe es etwa Schulen, die keine Schulbücher bekommen hätten, wie sollten sie also lernen? Es sei traurig das zu sehen.

Raymond Louw – Zeit seines Lebens ein Apartheidgegner – meint, daß man sich an Dinge, welche von den

Notstand Bildungspolitik

Afrikaaner/innen gut gemacht wurden, erinnern sollte. Zur Zeit der Großen Depression in den 1930er Jahren etwa hätten die Afrikaaner/innen großteils keine Schulbildung gehabt. Kirchen und andere Institutionen hätten diese Menschen mit Unterstützung der Regierung vormittags im Straßenbau beschäftigt und sie nachmittags zur Schule geschickt. Louw meint, daß man ein solches Schema heute übernehmen sollte. In Südafrika gebe es auch keine Lehrausbildung, wie wir sie kennen. Stattdessen sei ein anderes System eingeführt worden, das aber nicht funktioniere. Auch hier fehle es an ausgebildeten Fachkräften.

Als weiteren Kritikpunkt spricht Raymond Louw an, daß die Regierung bestrebt sei, alles zu zentralisieren. Sie wolle keine separat organisierten Zentren, sondern wolle alle Gemeinden in die zentrale Regierung eingliedern und damit unter Kontrolle bringen, auch die Presse, die Medien. Das werde natürlich nicht funktionieren.

Ich frage, ob es für kleine Gemeinschaften möglich sei, z. B. im Schulwesen selbst etwas zu or-



Raymond Louw und Gerlinde Ehrenreich
in der SADOCC-Bibliothek

ganisieren? Raymond Louw meint, daß dabei bestimmten vom Staat vorgegeben Richtlinien gefolgt werden müsse. Er selber sei Mitbegründer einer Privatschule – sie sei 1989, also noch während der Apartheid, als nicht-rassistische Schule in Gauteng errichtet worden (*Summit College*). Raymond Louw beschreibt, daß die Gründung schwierig gewesen sei. Sie hätten Land gekauft, um darauf die Schule zu bauen, die Nachbarn hätten sich dagegen gewehrt, aber die Schulgründer/innen hätten sich

durchsetzen können.

Obwohl die Schule explizit allen offen stehe, sei die Mehrheit der SchülerInnen schwarz. Darüber ist Raymond Louw etwas enttäuscht. Die Hoffnung sei gewesen, Die SchülerInnen würden sich durchmischen, aber das habe leider nicht funktioniert. Es brauche viel Engagement. Er und die anderen Vorstandsmitglieder arbeiteten unentgeltlich. Aber die Schule funktioniere, und er sei sehr stolz auf die Schüler/inn/en, sie seien besondere Menschen.

Der größte Erfolg, so Raymond Louw abschließend, sei der, daß Südafrika der Verfassung nach nicht-rassistisch und nicht-sexistisch sei (die Gleichberechtigung von Geschlechtern, Kulturen und Hautfarben ist in der Verfassung verankert). In der Regierung zum Beispiel seien mehr Frauen vertreten als in jedem anderen Land Afrikas. ■

Für die Ermöglichung des Gesprächs danken wir Brigitte Öppinger-Walchshofer und Ulrike Lang von der Austrian Development Agency (ADA).

Österreich für Pressefreiheit

„Die Austrian Development Agency unterstützt die Medienentwicklung durch Programme und Projekte in den Schwerpunktländern der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit“, betonte Brigitte Öppinger-Walchshofer, Geschäftsführerin der ADA, bei der ADA-Veranstaltung „Publishing the Truth?“ am 4. Juli 2012. „In Uganda und Moçambique konnte durch Medienschulungen vermittelt werden, wie freie Berichterstattung zu Versöhnung nach Konflikten, Friedenssicherung und Demokratisierung beitragen kann.“

„In Ländern ohne Pressefreiheit gibt es hingegen keine Kultur zur Einhaltung der Menschenrechte. Autoritäre Regierungen sehen sich durch kritische Journalistinnen und Journalisten häufig in ihrer Machtausübung bedroht. Unabhängige Berichterstattung wird deshalb mit Gewalt verhindert. Laut Freedom House, dem New Yorker Monitoringorgan zur Pressefreiheit, gelten 84 Prozent der westeuropäischen Medien als ‚frei‘, während es im Mittleren Osten und in Nordafrika nur zwei Prozent sind. Nur fünf afrikanische Länder gelten derzeit als Länder mit Pressefreiheit“, stellte der südafrikanische Gastredner Raymond Louw dar.

Die friedensunterstützende Rolle der Medien im Kampf gegen die Apartheid in Südafrika sei ein vielzitiertes Positivbeispiel für die Vermittlungsfunktion, die Medien während eines gravierenden Systemwandels einnehmen könnten.

Marikana Mine

Ein Alarmzeichen für das Neue Südafrika

Die unbewältigte soziale Krise und eine zunehmende Verrohung der südafrikanischen Innenpolitik führten letztlich zur Eskalation des Arbeitskonflikts im Platinbergbau und zum Massaker der Polizei an bewaffneten Bergarbeitern. Südafrika ist geschockt, und die politischen Folgen sind derzeit noch unabsehbar (Red.).

Ein Schock für Südafrika ebenso wie für die Freunde Südafrikas in aller Welt: Schlagzeilen wie „*Polizei erschießt streikende Bergarbeiter*“ machten seit dem Abend des 16. August 2012 in allen Medien die Runde. Tausende Steinbohrer der *Marikana Mine* nordwestlich von Johannesburg – Kumpel im Untertagebergbau, deren Arbeits- und Lebensbedingungen katastrophal sind – hatten am 10. August die Arbeit niedergelegt, der Streik griff auf andere Bergwerke über. Rasch kam es zu Gewalttätigkeiten sowohl zwischen streikenden und nicht-streikenden Arbeitern als auch mit der Polizei. Schon nach den ersten Tagen wurden zehn Tote gemeldet, darunter zwei Polizisten – mit Buschmessern (Pangas) erstochen und auseinandergehackt.

Die Eskalation folgt am frühen Nachmittag des 16. August. Tausende Streikende, bewaffnet mit Schlagstöcken und Pangas, stehen auf einem Hügel etwa 450 Polizisten gegenüber, unter ihnen auch Angehörige von Eliteeinheiten. Die Polizei erhält den (wie man heute sagt: falschen) Befehl, das Gelände zu räumen, was freilich

ohne den Gebrauch von Schußwaffen nicht möglich ist. 34 Tote, viele auf der Flucht erschossen, und mindestens 78 Verletzte sind die Folge.

Südafrika unter Schock

250 Arbeiter werden verhaftet und aufgrund eines absurden Gesetzes der 1980er Jahre wegen Anwesenheit bei einer Ermordung (damals eine Maßnahme des Botha-Regimes zur Aufstandsbekämpfung) angeklagt – ein Schritt, den die Justiz nach Intervention höchster Regierungskreise zurücknehmen muß.

Zur Aufklärung der einzelnen Vorgänge und ihrer Hintergründe hat Staatspräsident Jacob Zuma, der eine Reise nach Moçambique abbrechen mußte, eine Kommission eingesetzt. Klar ist immerhin, daß die Polizei – mochte sie sich auch bedroht fühlen – den bewaffneten Angriff gestartet hat. Dies wirft ein schlechtes Licht auf die unter Nelson Mandela mit so viel Hoffnungen begonnene Polizeireform (INDABA 25/00), deren Fokus auf gewaltlose Konfliktregelung freilich bald wieder

einem aggressiveren Kurs Platz machen mußte. Zwecks Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung, so Gareth Newham vom *Institute for Security Studies* in Pretoria, traten aggressive Vorgangsweisen und verstärkte Gewaltbereitschaft an die Stelle früherer „Bürgernähe“. Einsatzbefehle und Rhetorik verschärfen sich, nicht zuletzt im Vorfeld der Fußball-WM 2010. Die damalige stellvertretende Sicherheitsministerin Susan Shabangu: „*Ihr müsst die Bastarde töten!*“ Shabangu ist heute peinlicherweise die Bergbauministerin Südafrikas.

Eine zunehmende Verrohung der Sprache und, davon beeinflusst, eine Tendenz zu gewalttätigem Austragen von Konflikten ist in der südafrikanischen Innenpolitik freilich schon seit einigen Jahren bemerkbar. Zumas Kriegsglieder in der Auseinandersetzung mit seinem Vorgänger Thabo Mbeki und im darauffolgenden Wahlkampf spielten hier eine bedauernde Rolle.

Aus für die Polizei-reform?

Fortsetzung auf Seite 25

Mein Wien

Afro-polnische Begegnungen in der Weltstadt

Mariusz Lukasiewicz, weißer Südafrikaner polnischer Herkunft, reflektiert in diesem Beitrag über seine Studienjahre in Wien und über seine Erfahrungen mit Österreich. Radio Afrika, die UNO-City und SADOCC zählten zu seinen Anlaufstellen.

Als ich vor fünf Jahren zum Studieren nach Wien kam, war das nicht meine erste Begegnung mit der Donaumetropole und ihrer internationalen Anziehungskraft. Meine Beziehung zu Wien hatte viel früher begonnen, als ich noch Student an der *University of Cape Town* gewesen war. Während meiner Zeit als Student der Volkswirtschaftslehre hatte ich mir vorgenommen, einige Literaturkurse an der Humanities Faculty zu besuchen.

Die deutsche Sprache hatte mich schon immer fasziniert, und Abendkurse an der *Deutschen Schule Kapstadt* hatten mir geholfen, die

notwendigen Grundkenntnisse der Sprache zu erwerben.

Obwohl ich mit sechs Jahren nach Südafrika gekommen war, vergaß ich meine polnischen Wurzeln nie und fand offene Ohren und Unterstützung für mein Interesse bei der polnischen Community, die in Kapstadt und Johannesburg aus 50.000 Mitgliedern besteht. Viele ältere „Afro-Polen“ waren beeindruckt von meinem Interesse an der deutschen Literatur und machten mich darauf aufmerksam, daß mehrere Mitglieder der polnischen Community in Südafrika bei ihren verlängerten Aufenthalten und Zwischenstopps in Österreich während der großen polnischen Auswanderungswelle in den politisch tragischen Jahren 1983-1989 die deutsche Sprache und deutsche Literatur näher kennengelernt hatten.

Bei meinen ersten zwei Besuchen der Donaumetropole in den Jahren zwischen 2003 und 2006 konnte ich

feststellen, daß Wien für alle etwas zu bieten hat und zu keiner Jahreszeit etwas zu wünschen übrig läßt. Den größten Eindruck machte dieses riesige Kulturangebot auf mich. Da die meisten Opern- und Theatervorstellungen in Südafrika nur für die ökonomische Elite des Landes leistbar sind,

war ich begeistert, daß ich an der Staatsoper um nur sieben Euro an einer Vorstellung von „La Traviata“ teilnehmen konnte!

Obwohl meine Kenntnisse des Deutschen noch schwach waren, fand ich die WienerInnen offen und herzlich. Nach den wenigen, aber eindrucksvollen Erlebnissen in der Stadt, gewann ich den Eindruck, daß es sich in Wien gut leben ließe.

Zurück in Afrika entschied ich mich, mein Studium in Europa fortzusetzen. Ich bewarb mich an mehreren Universitäten im deutschsprachigen Raum um einen Studienplatz. Im Mai 2006 bekam ich eine Zusage von der Wirtschaftsuniversität Wien.

Ende September 2006 war es so weit. Ich hatte mein Budget mehrmals überdacht und wußte schon, daß meine Ersparnisse aus Südafrika für einige Monate in Österreich reichen

Mann, Grass, Böll und Jelinek



In Wien beim Trzeniewski

würden. Ich wußte vor allem, daß mein geplantes Studium keine leichte Aufgabe sein würde, da es allein von den Vorlesungen und den Übungen her sehr umfangreich war. Dazu kamen noch meine mangelhaften fachlichen Sprachkenntnisse. Mit meinem VWL-Diplom, einem einzigen Koffer unter dem Arm, einem einfachen Flugticket und dem größten Deutsch-Englisch-Wörterbuch, das ich in Südafrika finden konnte, machte ich mich auf den Weg nach Wien.

Nach einem langen Flug und einer noch viel längeren Nachtzugfahrt von Frankfurt, zusammen mit bayerischen Bergsteigern, kam ich an einem schwülen und regnerischen Morgen in Wien an. Ich war verschwitzt, müde, generell genervt, und mir tat der Kopf höllisch weh von der Verkostung des angeblich „besten Schnapses in Oberfranken“. Deshalb war ich froh, als ich allein in einem Taxi saß, und abging es in meine Studenten-WG in Favoriten.

Daß meine erste Woche in Wien reibungslos verlief, verdanke ich meinen tollen WG-Mitbewohner/innen. Es standen noch einige Punkte auf meiner „To-Do-Liste“. Meine Mitbewohner/innen

halfen mir, meinen Meldezettel, eine Handy-Karte, eine Versicherung und meine erste Käsekrainer zu organisieren.

Die große Überraschung kam mit meiner Inskription an der Uni. Die ganze Prozedur dauerte fünfzehn Minuten und ich konnte mich schon am gleichen Tag zu Lehrveranstaltungen anmelden. Obwohl ich an der besten Universität Afrikas studiert hatte, war die Studienverwaltung dort, im Gegensatz zu Wien, ineffizient. Meine österreichischen Studienkolleg/innen waren von der Administration allerdings weniger beeindruckt.

Arbeit war auch angesagt, da ich mir schon ab der ersten Woche in Wien viele Gedanken über meine finanzielle Situation machte. Kurz vor meinem Umzug aus Südafrika hatte ich einen Unterrichtskurs „Englisch für Ausländer“ absolviert, daher konnte ich in Wien private Englisch-Stunden anbieten. Obwohl es ein guter Start war, reichte das Geld gerade für meine Miete und ich wußte, daß ich einen viel lukrativeren Job brauchte, um mein Studium finanzieren zu können.

Das Studium lief gut, und ich konnte durch mein Interesse an Österreich und der österreichischen Kultur sehr viele Freunde gewinnen. Ich wurde mehrmals an Wochenenden zu Familientreffen in der Steiermark und in Salzburg eingeladen und bekam dadurch einen sehr guten Einblick in den Alltag der Österreicher.

Für die meisten meiner Gastgeber war ich sehr exotisch. Ich war ein weißer Afrikaner mit relativ wenig Bezug zu Europa. Ich kannte Europa von Reisen, aber verglich alles mit Südafrika.

Obwohl ich immer herzlich aufgenommen wurde, kam es doch gelegentlich zu unangenehmen Situationen, wenn ich als Anhänger des

Apartheid-Regimes und als Produkt der getrennten Geschichte Südafrikas bezeichnet wurde. In solchen Fällen mußte ich mehrmals den eigentlich humanitären Zweck unseres Umzugs von Polen nach Afrika im Jahre 1989 erwähnen und die aktive Rolle meiner Eltern beim Aufbau des Spitalswesens in Südafrika und Zimbabwe verteidigen.

Verständnis für meine gemischte Herkunft und für meine Liebe zu Afrika fand ich bei der afrikanischen Community Wiens, vor allem während meiner Zusammenarbeit mit *Radio Afrika*. Die Fußball-WM in Südafrika im Jahr 2010 diente als Fenster in die sozio-kulturelle Struktur des südlichen Afrika, und es war für mich eine große Ehre, meine lokalen Kenntnisse bei der Organisation von mehreren Projekten und Veranstaltungen rund um die WM-Übertragungen in Wien einzusetzen. Die Austro-Afrikaner/innen nahmen mich sehr herzlich auf, und ich konnte durch meine Tätigkeiten in der Afro-Community sehr viele Kontakte zugunsten neuer Initiativen für Migrant/innen in Österreich knüpfen.

Wien wuchs mir schnell ans Herz und wurde mir allmählich zur zweiten Heimat. Obwohl ich mich relativ gut integrierte und mich bald sehr gut in der Stadt auskannte, war Wien für mich

doch eine einzige Sehenswürdigkeit.

Integriert in African community

Die architektonische Pracht der Stadt spiegelte für mich jeden Tag das Erbe der Geschichte und der Kultur der Vergangenheit wider. Ich lernte die zahlreichen Aspekte der Geschichte zu respektieren, ihre Bedeutung für die Gegenwart zu verstehen und die daraus resultierende Verantwortung für die Zukunft zu erkennen.



Im Mirabellgarten in Salzburg

Meine Umgebung war wunderschön, aber ich durfte nicht vergessen, daß ich zum Studieren nach Wien gekommen war. Nach einigen Semestern an der WU mußte ich feststellen, daß ein Wirtschaftsstudium nicht das Richtige für mich war. Ich nahm meine ECTS-Punkte mit auf die Haupt-Uni und inskribierte mich für ein Studium der Geschichtswissenschaften. Nach fünf weiteren Semestern schloß ich das Studium mit dem Magister-Titel ab.

Obwohl die letzte Phase meines Studiums ganz schnell lief, mußte ich doch ständig nebenbei Geld verdienen. Ich mußte viele finanzielle Kompromisse machen und versuchte gleichzeitig, mich auf eine akademische Karriere vorzubereiten. Neben meinen diversen Tätigkeiten bei Radio Afrika jobbte ich am Ludwig Boltzmann-Institut für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit und bekam sogar einige Übersetzungsaufträge von den Herausgebern des *Österreichischen Lexikons*. Einen Einblick in die Welt der Diplomatie und der Wirtschaftsentwicklung erhielt ich später durch ein mehr-

monatiges Praktikum bei der UNIDO im *Vienna International Center*. Der enge Kontakt zur südafrikanischen Botschaft und zu SADOCC halfen mir dabei, meine Herkunft nicht zu vergessen, und ermutigten mich, einen größeren Beitrag für meine afrikanische Heimat zu leisten.

Reiches Kulturangebot Wiens

Die Stadt Wien hat mich gelehrt und gefördert. Vor einem Jahr war ich noch bereit, mein berufliches Leben in Wien fortzusetzen. Ich erhielt allerdings eine sehr überraschende Nachricht. Mir wurde die Ehre und Anerkennung zuteil, mein Doktoratsstudium auf Einladung und mit Hilfe eines Stipendiums des *Graduate Institute of International and Development Studies* in Genf zu absolvieren. Durch meine Leidenschaft für afrikanische Geschichte und Entwicklung kam ich über Wien zu einer akademischen Karriere in Genf.

Jetzt, kurz vor meinem Umzug nach Genf, kann ich nur mit positiven Gedanken auf meine Zeit in Wien zurückblicken. Es war für mich eine



Mit UNIDO-Generaldirektor
Kandeh K. Yumkella

lohnende Erfahrung, und mein Aufenthalt hier hat in vielerlei Hinsicht meine Persönlichkeit, mein akademisches Interesse und meine akademische Karriere gestaltet. In Wien wurde ich zu einem sehr stolzen Vertreter Südafrikas und zu einem leidenschaftlichen Historiker. Und wenn ich schon mein geliebtes Wien verlassen muß, dann tue ich es mit Stolz und verkünde in meinem besten Wienerisch: „*I bin halt a Weaner!*“

Südafrikanerin gewinnt Gesangswettbewerb



Die junge südafrikanische Sopranistin Hlengiwe Mkhwanazi wurde am 8. Juli 2012 in Wien mit dem zweiten Preis des 31. Internationalen Hans Gabor Belvedere-Gesangswettbewerbes in der Kategorie „Oper“ ausgezeichnet. Darüber hinaus gewann sie den Spezialpreis der internationalen Pressejury und den Publikumspreis. Der Musikwettbewerb ist die größte und renommierteste Veranstaltung dieser Art für Gesang. Etwa 3.000 Sänger/innen aus aller Welt nahmen an den Vorentscheidungen teil, 138 qualifizierten sich für die letzte Runde in Wien, vierzehn von ihnen – darunter Frau Mkhwanazi – kamen in die Endrunde im Festsaal des Wiener Rathauses. Den ersten Preis in der Kategorie „Oper“ gewann der südkoreanische Tenor Beomjin Kim.

Magie des Leoparden

Wildlife, Tourismus und Empowerment in Südafrika

In einem zweiteiligen Film, entstanden in Zusammenarbeit mit 3sat und ORF, dokumentieren Manuela Zips-Mairitsch und Werner Zips die Verbindung zwischen Luxustourismus, Umwelt- und Wildtierschutz, sozialer Gerechtigkeit und „Empowerment“. Warum sie keine klassische Tierdoku ohne Menschen drehen wollten, erzählen sie in diesem Beitrag.

Eine kleine Gruppe Safari-Touristen macht es sich auf den erhöhten Bänken eines offenen Landrovers bequem. Nach dem Sundowner unter afrikanischem Himmel, untermalt mit entferntem Löwengebrüll, freuen sie sich erwartungsvoll auf den *night drive*. Diese Nachtfahrten gehören zu den Spezialitäten der privaten Wildreservate und ihrer exklusiven Luxus-Lodges. Im Lampenstrahl des „Trackers“ oder Spurensuchers, der in einem angeschraubten Stuhl auf



der linken Seite der Motorhaube sitzt, taucht jenes gefleckte Fell auf, das sich alle sehnsüchtig erhoffen – die nächtliche Begegnung mit einer Leopardin. Der Jeep folgt ihr durchs hohe Gras, bis sich die Wildkatze einfachheitshalber dazu entschließt, auf dem Feldweg weiter zu wandern. Plötzlich bleibt sie wie angewurzelt stehen, hebt den Kopf

und stößt einen kurzen Ruf aus, fast wie eine Hauskatze. Wenige Augenblicke später erscheint ihr Junges, und eine Begrüßungsszene wie aus dem Dschungelbuch beginnt.

Von der Magie solcher Momente lebt der hochpreisige Safari-Tourismus. Dafür zahlen betuchte Wildlife-Fans 500 Euro und mehr pro Person und Tag. Doch Wildtiere folgen keinem Drehplan, und die Natur hält so manchen Schocker für unvorbereitete Abenteuerer bereit. Während die Fotoapparate noch auf das Muttertier mit ihrem Jungen gerichtet sind, nähert sich ein mächtiger Leopard von hinten, der den Jeep zum Anschleichen benutzt. Sein Ziel ist es, das Leopardjunge zu töten, um sich baldmöglichst mit dem Muttertier zu paaren. Die Leopardin erkennt die Gefahr und stürzt sich todesmutig auf den beinahe doppelt so schweren neuen Revierkönig. Die zehn Sekunden dauernde Attacke reicht dem Jungen, sich vorerst in Sicherheit zu bringen. Der Fahrer und Wildlife-Ranger des Jeeps aber wird mehr als eine Stunde brauchen, um seine entsetzten Fahrgäste zu beruhigen und ihnen das eben Gesehene zu erklären.

Die „Magie des Leoparden“ lockt jährlich hunderttausende Besucher/innen aus aller Welt nach Südafrika. Der Wildlife-Tourismus boomt wie nie

zuvor und sorgt damit für das Entstehen von *Boomtowns* wie Nelspruit oder Hoedspruit rund um den Krüger-Nationalpark. Dieses Schutzgebiet blieb bis zum Ende der Apartheid weitestgehend Weißen vorbehalten, vor allem, was das Einstreifen der Einnahmen betrifft. Viele private Wildreservate an den Rändern des Nationalparks finanzierten sich aus dem einträglichen Jagdtourismus. Schwarze Menschen – die früheren Eigentümer/innen dieser Gebiete – waren allenfalls als schlecht bezahlte Hilfskräfte willkommen. Mithilfe des *Restitution of Land Rights Act* von 1994 (Gesetz zur Restitution von Landrechten) haben viele an den „Krüger“ angrenzende Gemeinschaften die Möglichkeit erhalten, ihr früheres Land zurückzuverlangen oder entsprechende Entschädigungen zu erhalten. In vielen Fällen wurden auch außergerichtliche Arrangements getroffen, die die viel beschworene Politik der gemeinschaftsorientierten Entwicklung (*community-based development*) zum Ziel haben (INDABA 66/10).

Die große Zahl an Gesetzen, Verordnungen und Erlässen, die der sozialen Transformation und der ökonomischen Ermächtigung der zuvor diskriminierten Mehrheitsbevölkerung dienen sollen, zeigen insofern Wirkung, als viele Betriebe zumindest in ihrer Außendarstellung BEE-konform erscheinen

wollen. Darunter ist die grundsätzlich freiwillige Zustimmung zu den inhaltlichen Zielen der *Black Economic Empowerment*-Gesetzgebung zu verstehen. Nicht wenige Lodges und private Tierreservate kooperieren mit NGOs, Schulen und traditionellen Autoritäten in Dörfern wie Dixie, Welverdiend oder Huntington. Dazu gehört auch die Anstellung und Beförderung von Angehörigen ehemals systematisch benachteiligter Bevölkerungsgruppen in Positionen des mittleren und Spitzenmanagements. So sollen die Vorgaben der Armutsverringerung, berufsorientierten Ausbildung und Förderung ländlicher Gemeinschaften erfüllt werden.

Zwai Ndloko beispielsweise – einer der Ranger im renommierten Sabi Sabi-Wildreservat – stammt aus Soweto. Seit zwei Jahren arbeitet er als Wildhüter, Fahrer und Touristenführer. Für ihn ist ein Traum in Erfüllung gegangen, der in der rein weißen Tourismusindustrie und Naturschutzbehörde vor 1994 als gänzlich unerfüllbar gegolten hatte. Im Neuen Südafrika erzählen solche Lebensgeschichten viel über den jetzigen Stand des sozialen Umbaus seit dem Ende der Apartheid. Sie stehen im Mittelpunkt der von uns geplanten Dokumentation, die einen Blick hinter die Wildlife-Kulisse werfen möchte, wie sie Gegenstand zahlloser Tierdokus ist. In den Provinzen Limpopo, Mpumalanga und KwaZulu/Natal liefert der Safaritourismus die wichtigste Einnahmequelle für weite Bevölkerungsteile. In den staatlichen und privaten Reservaten braucht es nicht nur Wildhüter und Guides, sondern praktisch sämtliche Dienstleistungen sowie alle technischen und handwerklichen Gewerbe. Inmitten einer „unberührten Wildnis“ alle erdenklichen Annehmlichkeiten bieten zu können, erfordert eine komplexe

Logistik, die neben den persönlichen Geschichten der in dieser Industrie arbeitenden Menschen zum Fokus dieses Films gehört.

Heute leben hunderttausende Menschen zumindest indirekt von der Anziehungskraft des Safari-Abenteuers. Denn die Gesetze des neuen Südafrika zwingen die Besitzer der exklusiven Lodges zu umfangreichen Maßnahmen der sozialen Transformation. Heute müssen die beteiligten Unternehmen die umliegenden Gemeinschaften mit einbeziehen. Manche finanzieren Kindergärten, Waisenheime oder Living Museums, in denen ambivalente Kulturvermarktung betrieben wird. Ganz den gängigen Klischees folgend bringen Zulu-Tanzgruppen ihre Kriegstänze zur Aufführung, und fiktive Kranke lassen sich von einem „Medizinmann“ (Sangoma) heilen. Das Spannungsverhältnis zwischen authentischer Kulturpraxis und Ethnotourismus schimmert durch zahlreiche institutionalisierte „Augenblicke der Kulturbegegnung“. Unter einem allgegenwärtigen Schlagwort des Neuen Südafrika – Empowerment – werden aus früheren einfachen Arbeiter/innen und Arbeitslosen in kurzer Zeit Wildhüter, Tracker, Gourmet-Köche, Rezeptionisten und Lodge Manager.

Der Perspektive der betroffenen Menschen, die in Tierdokus und Reiseberichten nur selten zu Wort kommen, widmet sich der zweiteilige Film *„Die Magie des Leoparden“*, den wir in Zusammenarbeit mit 3sat und ORF Anfang November vorstellen wollen. Unsere Doku möchte die mögliche Verbindung zwischen Luxustourismus, Umwelt- und Wildtierschutz, sozialer Gerechtigkeit und „Empowerment“ als „Modell der afrikanischen Renaissance“ zeigen, ohne die problematischen Anteile der

Ethno-Vermarktung auszublenden. Zahlreiche Interviews mit unmittelbar Betroffenen vermitteln die andere, menschliche Seite hinter der faszinierenden Tierwelt des Südlichen Afrika. Denn die „Magie des Leoparden“ aus der Perspektive der westlichen Tourist/innen sorgt einerseits in großem Ausmaß für Arbeitsplätze und ernährt damit beträchtliche Bevölkerungsteile, lenkt jedoch andererseits den Blick auch auf die Grenzflächen zwischen alten Eliten, TouristInnenen aus aller Welt und der schwarzen Bevölkerungsmehrheit. Wildlife, Tourismus und Empowerment stehen zueinander in einer wirtschaftlich potenten, kulturell aber zugleich höchst ambivalenten Beziehung.

Hinter der Fassade scheinbar unberührter Wildnis aus den Reisepro-



spekten, Hotelbroschüren und letztlich auch der TV-Naturdokus stehen komplexe Management-Pläne, schwierige Verhandlungen zwischen alten Eignern und ansässigen lokalen Gemeinschaften sowie betriebswirtschaftliche Strategien der Verwertung von Natur und Kultur. Zum Unterschied zu den meisten Tierdokumentationen stehen damit Menschen und ihre Perspektiven auf den Nutzen von Naturschutz im Zentrum unseres Films.

Werner Zips ist Professor, Manuela Zips-Mairitsch Lehrbeauftragte am Institut für Sozial- und Kulturanthropologie der Universität Wien. Sendetermin des Films: 4. November 2012, 20h15 bis 22h, auf 3sat.

In den Fängen des Finanzkapitals

DR Kongo – gerade noch einmal Glück gehabt

Britischen Gerichten und Aktivisten gelang es in letzter Minute, die dubiose Forderung eines US-amerikanischen Spekulationsfonds an die DR Kongo in Höhe von 100 Millionen US-Dollar zu stoppen – vermutlich nur die Spitze eines Eisbergs. Sogenannte Geierfonds versuchen zunehmend, Profit aus der prekären Situation hochverschuldeter afrikanischer Staaten zu ziehen. Ein Bericht von Meirion Jones (BBC/Newsnight).

Laut einem kürzlich erfolgten Beschluß des *Privy Council* – einem in die Regierungsgeschäfte eingebundenen Beratungsorgan der britischen Krone, u. a. für die Insel Jersey zuständig – ist ein US-amerikanischer Geierfonds nicht berechtigt, von der Demokratischen Republik Kongo 100 Mio. US-\$ einzufordern. Wie *Newsnight*, eine Informationssendung des BBC-Fernsehens, im letzten Jahr berichtet hatte, waren alte kongolesische Schulden für 3 Mio. US-\$ illegal an den Hedgefonds *FG Hemisphere* verkauft worden, welche dieser daraufhin in Jersey einklagte und mit einem Wert von 100 Mio. US-\$ bezifferte. Die Forderung richtete sich gegen die verstaatlichte kongolesische Bergbaufirma *Gecamines*. Diese erhob dagegen beim *Privy Council* in London Einspruch und erhielt nun recht. Während *FG Hemisphere* den Verdacht unrechtmäßiger Vorgehensweisen von sich weist, feierte die *Jubilee Debt Campaign*, welche die kongolesische Beschwerde unterstützt hatte, den Spruch des Kronrates als Sieg: „Wir begrüßen die Tatsache, daß diese Mittel nicht in die Taschen eines Geierfonds fließen werden, der auf unfaire Art aus der vergangenen Schuldennot verarmter Länder Profit schlägt.“

Sogenannte Geierfonds – auch bekannt als Investoren in Notstandsschulden – sind Hedgefonds, welche die Schulden von zahlungsunfähigen Unternehmen oder Staaten billig (d. h. mit Abschlägen) aufkaufen, und zwar vielfach gerade dann, wenn diese Schulden abgeschrieben werden könnten. Sie fordern dann von Länder wie Zambia, Liberia oder eben der Demokratischen Republik Kongo die Zahlung der vollen Schuldensumme sowie von Zinsen, die oft ein Mehrfaches des ursprünglichen Kredits ausmachen können („Phantomschulden“). Weiters wird versucht, Firmen, die mit dem entsprechenden Staat Handel treiben, gerichtlich dazu zu zwingen, den Kaufpreis an den Fond zu zahlen anstatt an das betreffende Land. Bis 2010 wurden oft britische Gerichte dazu verwendet. Nach einem bewegenden Appell der liberianischen Präsidentin Ellen Johnson Sirleaf auf *Newsnight* wurde diese Praxis der Geierfonds allerdings in Großbritannien für illegal erklärt (*Debt Relief Act*). Schlupflöcher im Gesetz gibt es noch für die als Steuerparadies bekannte Kanalinsel Jersey, doch hat auch diese nunmehr angekündigt, Umgehungsmöglichkeiten zu schließen.

FG Hemisphere wird von einem New Yorker Finanzier namens Peter Grossmann geleitet. Seine Sicht der Dinge formulierte er auf Anfrage folgendermaßen: „Ich verfolge den Kongo nicht, ich hole nur eine legale Schuld ein.“ Eine eher fragwürdige Sicht, wie britische Medien berichteten. Die Schulden, um die es hier geht, wurden vor dreißig Jahren ursprünglich als ein Kredit Jugoslawiens an das damalige Zaire vergeben. Die Forderung landete schließlich beim jugoslawischen Nachfolgestaat Bosnien-Herzegowina und wurde – „illegal“, wie der Chef der bosnischen Finanzpolizei, Zufer Derweisevic, behauptet – an Grossmanns *FG Hemisphere* verkauft. Der Mann, der den Verkauf organisierte, war kein Geringerer als der frühere bosnische Ministerpräsident Nedžad Brankovic. Brankovic war in dieser Funktion, bis er 2009 wegen Korruption verurteilt wurde und zurücktreten mußte.

Aufgrund der britischen Erhebungen hat die zentrale Ermittlungsbehörde in Sarajevo nunmehr auch eine Untersuchung über die Beteiligung von Nedžad Brankovic an dem Verkauf des Kongo-Kredits an *FG Hemisphere* eingeleitet.

Fortsetzung auf Seite 28

Wird Botswana US-Militärbasis?



Von Adalbert Krims

Eine Serie von gemeinsamen Militärmanövern von USA und Botswana hat im Südlichen Afrika die Befürchtung geschürt, es könnte ein dauerhafter US-Militärstützpunkt oder gar die Zentrale des Afrika-Kommandos der US-Streitkräfte (AFRICOM) errichtet werden. Dieses Kommando wurde noch unter Präsident Bush geschaffen und soll die Aktivitäten des Verteidigungsministeriums sowie anderer Behörden der USA in Afrika koordinieren (mit Ausnahme von Ägypten, das einem anderen US-Kommando zugeordnet ist).

Zum offiziellen Aufgabengebiet gehört natürlich auch die „Terrorbekämpfung“ – zum inoffiziellen die Sicherung der strategischen und ökonomischen Interessen der USA, die schon in wenigen Jahren ein Viertel ihres Erdölbedarfs aus Afrika importieren werden. Außerdem sehen sich die USA einer immer stärkeren Konkurrenz Chinas gegenüber. Der stellvertretende Militärchef von AFRICOM (bis 2010), Vize-Admiral Robert Moeller, sagte ganz unverblümt: Das US-Kommando solle *„den freien Fluß von Öl und Rohstoffen von Afrika zu den globalen Märkten“* sichern sowie *„das Leben von Amerikanern schützen und amerikanische Interessen fördern“*.

Das vorläufige Hauptquartier von AFRICOM befindet sich in Stuttgart, soll jedoch auf den afrikanischen Kontinent verlegt werden, wo sich Liberia als einziger Staat schon seit Jahren als Sitz anbietet. Afrika ist bisher die einzige Region, in der die USA über keine dauernde militärische Präsenz verfügen (sieht man von dem seit 10 Jahren bestehenden und auch von Frankreich genutzten Camp Lemonnier in Djibouti ab, das zur Überwachung des Horns von Afrika dient, aber auch eine Rolle beim Luftkrieg gegen Libyen spielte). Die Afrikanische Union (und die SADC), deren Mitgliedsstaaten überwiegend auch der Blockfreien-Bewegung angehören, hatten sich immer gegen ausländische Militärstützpunkte und für eine gemeinsame afrikanische Sicherheitsstruktur ausgesprochen. Besonders Libyen unter Gaddafi war hier sehr aktiv, was auch eine zusätzliche Erklärung dafür ist, warum AFRICOM den Oberbefehl über die US-Angriffe auf Libyen inne hatte. Nun gehört Libyen zu jenen Ländern,

die für einen der künftigen US-Militärstützpunkte in Afrika ausersehen sind.

Libyen kommt allerdings als Sitz des Afrika-Kommandos sowohl wegen der instabilen innenpolitischen Lage als auch wegen der in Afrika nach wie vor umstrittenen NATO-Intervention nicht in Frage. Ideal wäre für die USA ein Land, das politisch und ökonomisch stabil ist sowie möglichst weitgehend westlichen Demokratievorstellungen entspricht. Da Botswana dieser Beschreibung nahe kommt und schon bisher eng mit den USA kooperiert hat, haben die Militärmanöver dem bereits seit Jahren bestehenden Verdacht neue Nahrung verliehen. „Southern Accord 12“, an dem im August rund 700 US-Soldaten teilgenommen haben, war nur eines in einer Serie von gemeinsamen Manövern, die laut AFRICOM-Chef General Carter F. Ham nicht nur dem Bau von Straßen und Brücken sowie der Integration der beiden Armeen dienen: *„Das Wichtigste, was sie aufbauen, ist Vertrauen!“*

Obwohl bisher von den USA und Botswana offiziell dementiert wird, daß das AFRICOM-Hauptquartier nach Botswana verlegt werden soll, zeigt sich die Opposition in Botswana, aber auch Nachbarländer sowie politische Kommentatoren beunruhigt über die Signale, die durch die verstärkte militärische Zusammenarbeit zwischen den USA und Botswana ausgesendet werden. Die stellvertretende ANC-Generalsekretärin Thandi Modise meinte etwa, sie sei enttäuscht zu erfahren, daß einige Länder planten, das amerikanische Militär zu beherbergen. Sie rief dazu auf, nicht nur auf westliches Geld zu schießen, sondern die Einheit der SADC zu stärken.

Die Errichtung des AFRICOM-Hauptquartiers oder auch „nur“ eines permanenten Militärstützpunktes der USA in Botswana wäre jedenfalls ein Schlag nicht nur gegen die Integration im südlichen Afrika, sondern in Afrika insgesamt.

■
■

Adalbert Krims ist Journalist in Wien. Er kommentiert für
INDABA aktuelle entwicklungspolitische Trends.

frauen | Blicke

Namibierinnen begleiten uns durch das Jahr 2013

Einen Kalender besonderer Art hat die Österreichische Namibia-Gesellschaft soeben fertiggestellt: Zwölf Porträts von namibischen Wienerinnen oder namibischen Wien-Besucherinnen, in Holz geschnitten von der niederösterreichischen Künstlerin Sophia Brandtner. Der Reinertrag des Kalenders ist namibischen Frauen – den Hausangestellten, deren Selbstorganisation die ÖNG unterstützt – gewidmet. Wie es dazu kam, schildert Astrid Esterlus.

Warum sind bei deinen Bildern von Namibia nur Landschaften und Tiere, aber keine Menschen zu sehen?“ Mit dieser Frage an die in Australien geborene, heute in Niederösterreich lebende Künstlerin Sophia Brandtner begann diese Serie von Holzschnitten zu entstehen.

Bei ihrer Namibia-Reise im Jahr 2000 war die Kunstbegeisterte von den natürlichen Linien der Dünen so sehr fasziniert gewesen, daß sie einen ganzen Tag lang damit zugebracht hatte, die Eindrücke in ihrem Zeichenblock als Skizzen festzuhalten. Den Blick auf den Horizont gerichtet, hatte sie sich, immer an derselben Stelle stehend, nur um die eigene Achse gedreht und die Linien auf das Papier fließen lassen. Ihre damals noch kleine Tochter war neben ihr auf dem Boden gesessen und hatte ihre Kinderhände mit Sand gefüllt, der dann wieder durch die Finger weggerieselst war – eine unendlich große Sandkiste... Die Folgen der prallen Sonne waren nicht ausgeblieben: Zu wenig getrunken und keine Kopfbedeckung bei einem Aufenthalt mitten in den Dünen hatten ihren Tribut in Form von Kopfschmerzen und Übelkeit gefordert. Die Bilder aber blieben unvergeßlich im Kopf.

Wieder daheim, dienten die Skizzen zur Gestaltung von Reiseerinnerungen in Form von eindrucksvollen bunten Bildern. Genau diese Bilder auf der Homepage von Sophia Brandtner sollten zum Auslöser eines Kulturprojekts der

ÖNG werden. Astrid Esterlus und Sophia Brandtner lernten einander bei einem Weiterbildungsseminar für Unterrichtende an Volkshochschulen kennen. Im Frühjahr 2011 entwickelte sich bei einem angeregten Gespräch im Wiener Café Schwarzenberg die Idee mit den Porträts von namibischen Frauen. Sophia betrat damit für sich selbst künstlerisches Neuland. Afrikanische Menschen hatte sie vorher noch nie zum Thema ihres künstlerischen Schaffens gemacht.

Die Idee, mit diesen Frauenporträts einen Kalender zu gestalten, wurde im Vorstand der ÖNG heftig diskutiert. Ein nicht unberechtigter Einwand war, ob sich überhaupt zwölf namibische Frauen finden würden, da ja nur sehr wenige namibische Staatsbürger/innen in Österreich leben. Doch genau das war dann auch der Vorteil, da sich

die Frauen einer so kleinen Gruppe untereinander kennen. Deshalb machte unser Vorhaben schnell die Runde.



Frauenkalender Namibia 2013



Sophia Brandtner an der Druckerpresse

Nach einer längeren Anlaufzeit kam es zur ersten Sitzung für die Skizzen. Der Termin fand, dem Sommerwetter entsprechend, im schattigen Gastgarten des Wiener *Amerling-Beisls* statt. Drei afrikanische Frauen und zwei kleine Kinder, eine Künstlerin mit Skizzenblock und Astrid als Vertreterin der ÖNG machten die Mischung der Gäste ein wenig abwechslungsreicher. Und während die anderen ihre Limonade schlürften, fertigte Sophia mit rascher Hand die Porträtskizzen an. Um die fremd klingenden Namen auch richtig zu haben, schrieb jedes Modell seinen Namen unter die Skizze. Die meisten Frauen entschieden sich für ihren traditionellen und nicht für ihren christlich/westlichen Namen. Auch dieser Umstand sorgte für Diskussionsstoff im Vorstand, wobei man schließlich der selbstgewählten Variante der Frauen den Vorzug gab.

Als die ersten beiden Holzschnitte fertig waren und den Frauen bei der Vernissage der ÖNG-Fotoausstellung in St. Pölten gezeigt wurden, war das Eis gebrochen. Nun konnten sich die Damen mit etwas Konkretem auseinandersetzen. Auch die Gattin des Botschafters konnte für eine Porträtsitzung gewonnen werden. Da sich der Zeitplan für einen 2012er Kalender nicht mehr ausging, wurde das Projekt auf 2013 verschoben. Die letzten fehlenden Modelle wurden am 21. März 2012 beim Botschaftsempfang zum Independence Day im *Grand Hotel* am Kärntner Ring gefunden. Eine Einladung für die Künstlerin wurde organisiert, und das Abenteuer konnte beginnen. Kurzerhand war ein zufällig freier Raum okkupiert, und in Windeseile wurden drei Damenporträts skizziert. Die anwesende Kellnerin hatte zwar durchaus Verständnis für die Kunst, ihrem Gesichtsausdruck aber war zu entnehmen, daß ihr so etwas noch nicht untergekommen war. Jedenfalls war nun eine erste Runde geschafft, das Dutzend war voll.



Die Holzschnitte sind in der Technik des verlorenen Druckstocks gearbeitet. Dabei überträgt die Künstlerin die Skizze auf ein glatt geschliffenes Holzbrett und schneidet für die erste Farbe Kerben. An den stehengebliebenen Stellen wird die Farbe aufgetragen und das erste Mal gedruckt. In einem zweiten Arbeitsschritt wird auf dem selben Holzbrett (Druckstock) weiter geschnitten und eine weitere Farbe aufgetragen. Das bereits bedruckte Blatt wird wieder in die Druckerpresse eingespannt und erhält den zweiten Farbauftrag. Pro Bild fertigt Sophia Brandtner zwischen drei und sechs nummerierte Exemplare an. Danach bekommt das Brett in der Tischlerei wieder eine neue glatte Oberfläche.

Zur Finanzierung des Drucks konnte die namibische Botschaft in Wien gewonnen werden. Sie wird einen Teil der Gesamtauflage für sich in Anspruch nehmen. Die übrigen Exemplare werden von der ÖNG an Interessierte verkauft. Der Erlös kommt daher zur Gänze namibischen Hausangestellten (in der überwiegenden Mehrzahl sind dies Frauen) zugute – Angehörigen einer besonders

benachteiligten Berufsgruppe also. In Seminaren werden sie über ihre Rechte als Angestellte informiert, wird ihre Anmeldung bei der Sozialversicherung ermöglicht. Das Projekt wird in Absprache mit der ÖNG vom *Labour Resource and Research Institute (LaRRI)* in Katutura/Windhoek durchgeführt und auch von der Stadt Wien gefördert (INDABA 74/12).

Die Holzschnitt-Originale werden bei einer Ausstellung im café afro des Afro-Asiatischen Instituts (Wien 9., Türkenstraße 3) gezeigt und zum Verkauf angeboten werden. Das Eröffnungsfest findet am Freitag, 16. November 2012, ab 19 Uhr statt. In diesem Rahmen wird auch den namibischen Frauen, die sich als Modelle für die Porträts zur Verfügung stellten, jeweils ein Originaldruck als Dank für ihre Teilnahme überreicht werden. **Der Kalender ist nicht nur im café afro, sondern auch über SADOCC und ÖNG um Euro 15,- (plus Euro 5,- Versandkosten, außer bei Selbstabholung) erhältlich.**

großer Dank gilt der Künstlerin, die nicht nur die Porträts, sondern auch den Kalender unentgeltlich gestaltet hat. In vielen Arbeitsgängen setzte sie sich mit den Eindrücken von ihrer Reise im Jahr 2000 in Namibia auseinander. Sie hatte bei ihrem Aufenthalt in einer Farm als „Urlaubsvertretung“ der Besitzerin die noch immer nicht überwundenen Verhaltensmuster der Kolonial- und Apartheidzeit erlebt.



Das Ungleichgewicht in der namibischen Gesellschaft hatte aber in ihrer künstlerischen Ausdruckswelt keine „Worte“ gefunden. Somit beantwortet sich auch die am Anfang gestellte Frage nach den Motiven ihrer Namibiabilder, nämlich warum sie keine Menschen, sondern nur Tiere und Landschaften abgebildet hatte. Mit diesem Projekt konnte sie nun nicht nur ihren eigenen Blickwinkel verändern, sondern auch einen Beitrag zur Weiterentwicklung der namibischen Gesellschaft leisten.

Atelier „Sesam öffne Dich“

Kreativ-Workshops

Sophia Brandtner

Tel.: 0676/9412449

atelier.s.brandtner@aon.at

www.atelier-brandtner.at



KUONESA_mehr sehen

Den vielen Perspektiven des fremden Moçambique auf der Spur

Zwei österreichische Photographinnen zeigen im Rahmen von „eyes-on – Monat der Photographie Wien“ im November 2012 Ausstellungen zu Moçambique. Theresia Ulbrich hat eine davon schon gesehen.

Der erste Blick auf die Photoarbeiten von Cornelia Mittendorfer verwirrt: mehrdeutige Umrisse, Überlagerungen und vielfache Schichten, keine klar abgegrenzten Objekte. Mauern überlagern Bäume, Straßen und Gebäude. In der Ausstellung „KUONESA_mehr sehen“ beschäftigt sich die Photographin und Rechtswissenschaftlerin mit Fragen des Fremden. Sie bewegt sich dabei zwischen Vorstellung und Wirklichkeit. Kuonesa bedeutet auf Shangaan etwas „über das Sehen Hinausgehende“.

Für Ihre Ausstellung bereiste Cornelia Mittendorfer Moçambique für einige Wochen – und doch sind die Arbeiten weit weg von herkömmlicher Reisephotographie. Die Künstlerin zu ihren Arbeiten: „Mir geht es primär nicht darum, eine Wahrheit darzustellen, nicht zu sagen ‚So ist das!‘, sondern um die Frage ‚Wie ist das?‘“

Mit der photographischen Technik der analogen Doppelbelichtung sollen neue, vieldeutige Perspektiven auf das Fremde eröffnet werden. Und tatsächlich: Beim zweiten und dritten Blick auf die Photographien erkenne ich, daß mehr zu entdecken ist, als ich zuerst glaubte. Im Himmel taucht plötzlich die Form eines Bootes auf. In einem anderen Bild tritt man im Geiste durch ein Tor an den Strand. Es scheint, als würden Erinnerungen an das bereits Gesehene in der Komposition der Photographie mitschwingen.

Die Frage, die mich als Kulturanthropologin beschäftigt, ist jene nach der Darstellung Moçambiques in der Ausstellung Cornelia Mittendorfers. Warum zeigt die Photographin beinahe nur auffällige Gebäude? Welches Bild wird damit transportiert? Im Gespräch stellt Cornelia Mittendorfer fest, daß die alten Gebäude für sie nicht häßlich oder traurig erscheinen, sondern für die Schönheit der „gelebten Mauern“ stehen, hinter denen sich eine bewegte Geschichte und



Gegenwart verbirgt. So sind die Bilder in ihrer Gesamtheit keine morbide Darstellung Moçambiques. Außerdem: Altes und Neues existiert nebeneinander, wie das Bild mit dem Titel „In good shape“ zeigt. Mit der Ablichtung von Orten und Gebäuden soll mehr eine Stimmung eingefangen als das Land Moçambique repräsentiert werden. Die gebürtige Oberösterreicherin sieht sich selbst nicht als Journalistin, die ein bestimmtes Bild zu vermitteln sucht, sondern als Künstlerin, die Fragen stellt, Sehgewohnheiten aufzubrechen versucht und neue Blickwinkel auf



Fotografin Cornelia Mittendorfer



Fremdes eröffnen möchte. Moçambique wird dabei in den Photoarbeiten der Künstlerin nicht auf seine romantisch schöne Natur reduziert. Die Objekte in einigen der Photographien lassen beispielsweise Teile der Kolonialgeschichte sichtbar werden. Die Titel zu diesen Arbeiten spiegeln die Kritik am Kolonialismus bzw. am neokolonialen Auftreten der Portugies/inn/en wider.

fazit: Endlich wieder Veranstaltungen mit Moçambique-Bezug! Werden die Photoausstellungen von Cornelia Mittendorfer und Birgit Reiter tatsächlich neue Blickwinkel eröffnen?



Theresia Ulbrich ist Kultur- und Sozialanthropologin und Trainerin für politische Bildung. Sie beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Moçambique und global education.

Die Ausstellung KUONESA_MEHR SEHEN

7. bis 17. November 2012 jeweils Mi-Fr 11–18 und Sa 11–14 Uhr

Menzel Galerie Nordafrika, Währingerstraße 55, 1090 Wien

In einem zweiten Teil der Ausstellung präsentiert Waltraud Palme Zeichnungen zum Thema „Reisen“.

Eröffnung: Dienstag, 6. November 2012, 19 Uhr.

Es spricht Timm Starl.

Momentos na Beira

Gegen die stereotypen Bilder von Afrika im Kopf ankämpfend, wurde Birgit Reiter in der Stadt Beira, die sich von einer portugiesischen Jet-Set Enklave zu einer moçambikanischen Großstadt transformiert hat, laufend von der Ungültigkeit der Klischees überrascht (INDABA 72/11).

Das Fremde und Exotische, anfangs so überwältigend und für das Normale keinen Blick erübrigend, verschwindet mit der Zeit und eröffnet die Möglichkeit, die Stadt Beira in ihrer Normalität und ihren architektonischen Besonderheiten wahrzunehmen, die sie immer wieder und anhaltend faszinierten, die aber mitunter erst entdeckt werden wollten. Die Feinheiten eröffnen sich erst mit der Zeit. Das koloniale Erbe ist da, die Architektur verschwindet nicht. Sie wird eher integriert und den eigenen ästhetischen Vorstellungen, Möglichkeiten und Bedürfnissen angepaßt.

Der längere Kontakt mit den Menschen in Beira, die ihr

durch ihre Offenheit und Freundlichkeit den Zugang wesentlich erleichterten, ermöglichte ihr, sie in ihrem Alltag zu beobachten und ihn mitzuerleben. Die Vertrautheit mit der Stadt und ihren Bewohnern stellte sich erst mit der Zeit ein; diese in den Bildern sichtbar zu machen, ist ihr wichtig. Einer fotografischen Umsetzung dieses Empfindens entspricht aus ihrer Sicht am besten eine unaufdringliche Herangehensweise – dokumentarisch, nicht bis ins letzte Detail durchkomponiert, einer gewissen Beiläufigkeit Raum gebend. Nicht zuletzt ist es ihr ein Bedürfnis, Bilder des urbanen Afrika zu zeigen.

Die Ausstellung MOMENTOS NA BEIRA ist vom 22. November

bis 2. Dezember 2012 jeweils Di-Fr 16.30-19.00 und Sa, So

15.00-19.00 in der Galerie „To be continued“, Lerchenfelder-

straße 65, 1070 Wien, zu sehen. Vernissage: 22.11.2012, 19 Uhr.

Fortsetzung von Seite 12

Übertroffen wurde Zuma noch von seinem nun verstoßenen und der Korruption angeklagten Ziehsohn Julius Malema, der das Massaker in der Marikana Mine naturgemäß zur Profilierung nutzt: „Auf dem Weg zur wirtschaftlichen Befreiung werden noch viele Menschen sterben müssen.“

Die Einstufung des Malema-Kampfliedes „Kill the Boer“ durch den High Court in Johannesburg als verfassungswidrig (INDABA 66/10) konnte auch nicht nachhaltig wirken. Und während das Spielen mit rhetorischer Gewalt in den obersten Rängen der Politik standesgemäß geworden ist, nimmt Gewalttätigkeit unter den ärmsten Schichten der Bevölkerung offenbar real zu, wie häufige Zwischenfälle bei Protestkundgebungen, die Morde an Farmern (INDABA 73/12) bzw. Hexenverbrennungen in den nördlichen Provinzen und nicht zuletzt auch Tötlichkeiten zwischen den Arbeitern im Bergbau belegen.

Die Rivalität zwischen den Gewerkschaften im Bergbau – ebenfalls ein wichtiger Hintergrund für die Geschehnisse in der Marikana Mine – starteten mit der Entlassung von Joseph Mathunjwa, eines beliebten Lokalfunktionärs der *National Union of Mineworkers (NUM)* in der Kohlemine Douglas Colliery 1999. Während ein Streik der Beschäftigten seine Wiedereinstellung durch die Firma durchsetzen konnte, eskalierte eine sich bereits abzeichnende Auseinandersetzung mit dem damaligen NUM-Generalsekretär, Gwede Mantashe (heute ANC-Generalsekretär),

in der es um politische wie persönliche Fragen ging. Mathunjwa wurde aus NUM ausgeschlossen, aus Solidarität mit ihm traten 3.000 NUM-Mitglieder ihrerseits aus und gründeten 2001 eine neue Bergbaugewerkschaft, die *Association of Mineworkers and Construction Union (AMCU)*.

AMCU hat mittlerweile in vielen Bergwerken Südafrikas Fuß gefaßt. Sie ist zwar noch nirgends repräsentativ (insofern, daß sie als betrieblicher oder sektoraler Kollektivvertragspartner anerkannt werden müßte), rekrutiert aber mit aggressiven und populistischen Methoden Mitglieder vor allem aus den niedrigeren Gehaltsgruppen. NUM wird als eine mit dem Management und der Regierung verflochtene

Gewerkschaft dargestellt (über ihre Mitgliedschaft in COSATU ist NUM natürlich auch Teil der sog. Allianz mit dem *African National Congress*), und dieser Umstand wird als für niedrige Lohnabschlüsse und die mangelnde Verbesserung der Lebensumstände der Arbeiter verantwortlich gemacht. In der Marikana Mine etwa, wo die meisten Untertagsarbeiter AMCU beigetreten sind, stellte AMCU die Forderung nach einer Verdreifachung der Löhne im Niedrigsegment, was zwar – selbst wenn AMCU verhandeln dürfte – nicht durchsetzbar ist, der Organisation jedoch einen ziemlichen Mitgliederzuwachs gebracht hat.

NUM ist unter die 50%-Schwelle (Anteil der Mitglieder an den Beschäftigten) gesunken und nunmehr ebenfalls bei Lohnverhandlungen nicht mehr repräsentativ. Die Rivalität der beiden Gewerkschaften wurde seit Jahren auch gewaltsam ausgetragen, vielfach wurden Arbeiter, die

sich Streiks nicht anschließen wollten, mißhandelt oder ermordet – auch das ein Hintergrund für die Präsenz der Polizei in Marikana Mine.

Was das alles nun innenpolitisch für Südafrika bedeuten wird, steht in den Sternen. Von einer „explodierenden Bombe, verursacht durch Armut und Ungleichheit“ sprach kürzlich COSATU-Generalsekretär Zwelinzima Vavi, der vor einem schwierigen Gewerkschaftskongreß steht und um seine Wiederwahl kämpft (leider nach INDABA-Redaktions-schluß, wir berichten aber auf unserer Homepage: www.sadocc.at). Das ist ein Alarmsignal, eine klare Botschaft der Arbeiter nicht nur aus Marikana, sondern aus dem gesamten Bergbau. Wenn wir es nicht schaffen, diesen jungen Menschen die Hoffnung auf Arbeit und Einkommen zu vermitteln, werden die Konsequenzen für uns alle katastrophal sein.“ (vgl. INDABA 69/11).

Vavi hat sich, wie die Mehrheit der COSATU-Verbände, klar für eine Wiederwahl von Staatspräsident Zuma ausgesprochen (die entscheidende Parteikonferenz, die den Spitzen-

kandidaten für die Parlamentswahlen 2013 wählt, steht für Ende 2012 an), die allerdings heftig umstritten ist. Nicht nur die *Youth League*, medienwirksam

unterstützt von ihrem abgesetzten Vorsitzenden Malema, tritt für einen Personal- und Richtungswechsel ein, der trotz linksextremer Rhetorik wohl in eine sehr neoliberale Richtung gehen und in erster Linie dem „black business“ zugute kommen würde. Das Versagen der Polizei in der Marikana Mine hat diesen Kräften wohl noch weiteren Auftrieb gegeben.

Konflikt in der Gewerkschaft

Welche Folgen für die Politik?

SI-Kongreß in Kapstadt

Boycott illegaler israelischer Siedlungen

Zum ersten Mal tagte die internationale Sozialdemokratie auf südafrikanischem Boden. Auch die neue Beschlußlage zu Israel/Palästina ist wesentlich von Positionen der südafrikanischen Außenpolitik geprägt – ziemlich ungewohnt für Österreich, wo die SPÖ nun eigentlich einen Handlungsbedarf hätte.

Über viele Jahre hinweg hatte die Sozialistische Internationale (SI) die Befreiungskämpfe in Namibia und Südafrika unterstützt, nicht zufällig sind die Regierungsparteien von Namibia (SWAPO) und Südafrika (ANC) seit langem Mitglieder in der traditionsreichen Organisation. Zum ersten Mal fand nun zwischen 30. August und 1. September der SI-Kongreß in Südafrika (Kapstadt) statt. Mehr als 400 Delegierte von über hundert Parteien und Organisationen nahmen an der Veranstaltung teil, die unter dem Motto „Für einen neuen Internationalismus und eine neue Kultur der Solidarität“ stand.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) war durch Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, den früheren Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (als SI-Vizepräsident wiedergewählt), Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Internationalen Sekretär Karl Duffek sowie Maria Jonas von den SPÖ-Frauen und Kati Hellwagner von der Sozialistischen Jugend vertreten; namens der sozialistischen und progressiven Fraktion im EU-Parlament nahm der österreichische Abgeordnete Hannes Swoboda am Kapstädter Kongreß teil.

Die politischen Diskussionen befaßten sich mit der Finanz- und Wirtschaftskrise, dem Kampf um Menschenrechte und Freiheit in der Welt, mit

dem neuen Internationalismus sowie mit einem gemeinsamen (multilateralen) Vorgehen in Richtung Frieden, Nachhaltigkeit und Zusammenarbeit. Diese Resolution bezog sich auf die aktuellen Krisenherde in aller Welt, darunter auch auf den Nahen Osten. Hinsichtlich des Israel/Palästina-Konflikts läßt sie aufhorchen mit einer Positionierung, die im großen und ganzen der südafrikanischen Außenpolitik entspricht.

Darin enthalten sind die Forderungen nach einer Zweistaatenlösung in den Grenzen von 1967 sowie nach dem Ende der israelischen Okkupation Palästinas. Palästina soll als souveräner Staat mit der Hauptstadt Ostjerusalem errichtet werden. Die SI-Mitgliedsparteien (also auch die SPÖ) verpflichten sich diesbezüglich, in ihren jeweiligen Ländern (also auch in Österreich) für die Anerkennung und Aufnahme Palästinas in die Vereinten Nationen einzutreten.

Die israelische Siedlungspolitik in Palästina stellt nach Auffassung der Sozialistischen Internationale eine „schwere Verletzung internationalen Rechts und ein ernsthaftes Hindernis für den Frieden dar“ und „ist gleichbedeutend mit [einer Politik der] Diskriminierung und Segregation“ (was eine höfliche Umschreibung von „Apartheid“ ist). „Diese israelische Politik“, heißt es weiter, „beinhaltet im Besonderen

Siedlungsaktivitäten, die Konfiszierung von Land und Demolierung von Wohnungen, inklusive in Ostjerusalem, sowie die Blockade von Gaza-Produkte aus (israelischen) Siedlungen, die palästinensisches Land und palästinensische Ressourcen verwenden, sollten boykottiert werden.“

Diese Forderung, die in Österreich von rechtsgerichteten Journalisten (wie Christian Ortner, Herausgeber eines „Zentralorgans für Neoliberalismus“) sofort in Grund und Boden verdammt wurde, entspricht nicht nur der südafrikanischen Außenpolitik (INDABA 74/12), sondern auch jener z. B. des Europäischen Gewerkschaftsbundes in Brüssel. Daß man in Österreich davon noch nicht viel gehört hat, spricht für die außenpolitische Rückständigkeit heimischer Politik und heimischer Medien. Eines ist nämlich klar: Eine Zweistaatenlösung wird es nur geben können, wenn die völkerrechtswidrige Siedlungspolitik Israels in Palästina beendet wird, und das dürfte ohne internationale Sanktionen kaum realistisch sein. Eine davon könnte ein Früchteboykott (Warenboykott) sein, der sich nicht gegen Israel richtet, sondern gegen die Präsenz seiner rechtsextremen Exponenten in dem kleinen Gebiet, das von dem ursprünglichen Palästina noch übriggeblieben ist.



Neville Alexander

22. Oktober 1936 – 27. August 2012

Als Neville Alexander am Morgen des 27. August 2012 in seinem Zuhause in Kapstadt, Grassy Park, Cape Flats nach einem kurzen schweren Krebsleiden starb, da gingen unmittelbar hunderte Botschaften aus Afrika und anderswo, nachdenklich, betroffen, bedauernd, zutiefst anerkennend, über die sozialen Netzwerke: als Revolutionär, Kämpfer gegen die Apartheid, Intellektueller mit aufrechtem Gang, engagierter Verfechter von Bildung und von Südafrikas Mehrsprachigkeit wurde er in diesem dichten Gewebe von Stimmen gewürdigt.

Der südafrikanische Autor und Kolumnist Max du Preez sagte auf Twitter: „Neville Alexander was one of the greatest sons of our soil, a man of great integrity & bravery and an unusual intellect.“ Das offizielle Südafrika



folgte mit einem Statement aus dem Büro von Präsident Zuma, der meinte, man werde sich an Neville Alexander erinnern „for his pioneering work on language policy, including his most recent work, focusing on the tension between multilingualism and the hegemony of the English language in the public sphere. Und er fügte hinzu: „At

a professional level, Dr Alexander, as an accomplished linguist, contributed immensely to language development in our country.“

Neville Alexander hat jene zwei Bücher, an denen er in den letzten Monaten bei seinem Forschungsaufenthalt in Deutschland gearbeitet hatte, das eine zur Sprachpolitik und muttersprachlichem Unterricht, das andere zu post-Apartheid Südafrika und der Krise des Kapitalismus (Internet-Quelle: Catherine Sasman, Namibia) in seinen letzten Tagen noch fertigstellen können.

Die Stationen seines Lebens – geboren 1936 in Cradock, Studium in Tübingen mit einer Doktorarbeit zu Gerhart Hauptmann, nach der Rückkehr Mitbegründer der „National Liberation Front“, Verhaftung 1963, 10 Jahre Robben Island mit Nelson Mandela 1964 – 1974, politische Aktivitäten ungeachtet der fünf Jahre Hausarrest, „National Language Project“ (1985), „Project for the Study of Alternative Education in South Africa“ (PRAESA, Direktor bis 2011) – sind leicht nachzulesen.

Was man weit schwerer in Worte fassen kann, ist, wie Neville Alexander

auf Menschen gewirkt hat, mit denen er seinen Weg gegangen ist oder die ihm begegnen durften. Denn er war einer, der andere inspirierte, begeisterte, beeindruckte und bewegte – mit kompromißloser Freundlichkeit. Einer, bei dem Denken, Leben und verantwortungsvolles solidarisches Handeln im Einklang waren. Ein Mensch, bei dem zehn Jahre Zwangsarbeit auf Robben Island keine Spur von Bitterkeit hinterließen, der mit seinem großen Herzen Ermächtigung Hoffnung und Mut von vielen gestärkt hat, ein Leuchtturm der Kräfte des Wandels.

Monika Goodenough-Hofmann, Leiterin der Abteilung für EU-Koordination des BMUKK bis Ende 2010, durfte mit Neville Alexander in dem von ihr für die UNESCO-Kooperation des Bildungsministeriums entwickelten Projekt „Linguistic diversity and literacy in a global perspective“ von 2003 – 2006 zusammenarbeiten. Sie traf ihn zum letzten Mal Ende 2011.

Neville Alexander wirkte maßgeblich mit am Begründungstext (explanatory note) für das mit einer österreichischen Resolution bei der UNESCO erreichten „UN-Jahr der Sprachen 2008“.

Fortsetzung von Seite 18

FG Hemisphere hatte 3,3 Mio. \$ für den Kredit bezahlt, davon mehr als eine halbe Million \$ als Prämie für das Zustandekommen des Geschäfts an einen gewissen Michael Schehan. Dieser, ein US-Amerikaner, nennt sich selbst Goldfinger – nach dem Vorbild der Figur im gleichnamigen James Bond-Film.

Grossmann auf die Frage eines Reporters, ob es für fair halte, für eine 3-Millionen-Forderung vom Kongo 100 Mio. US-\$ zu fordern: „Ja, das tue ich.“ Aber er leugnet, nur 3 Mio. \$ bezahlt zu haben und betont außerdem, er habe nichts davon gewußt, daß der Kredit illegal an ihn verkauft wurde – wovon aber die bosnische Polizei ausgeht. Grossmann legt außerdem Wert auf die Feststellung, Bosnien-Herzegowina habe weder gegen ihn noch gegen seine Firma in irgendeiner Form Anklage erhoben.

auch in den USA werden Geierfonds immer mehr daran gehindert, aufgekaufte Schulden einzutreiben. 2011 zum Beispiel wehrte sich China erfolgreich gegen FG Hemispheres Bestreben, China Railways für einen kongolesischen Kredit haftbar zu machen. Und der Weg über Großbritannien ist jetzt ebenfalls gestoppt.

Übersetzung: Eva Rauter



Forum Südliches Afrika

Donnerstag, 18. Oktober 2012, 19.00 Uhr

Johannes Schweighofer (BMASK)

**Die Systeme der Sozialen Sicherheit
und ihre Wirkungen auf Verteilung und Armut
im Vergleich Südafrika – Österreich**

Ort: SADOCC-Bibliothek, 1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

**Veranstaltungen im
Rahmen des Forums Südliches Afrika erhalten
SADOCC-Mitglieder laufend zugesendet.**

... sadocc news ...

Generalversammlung. Die 9. ordentl. Generalversammlung von SADOCC fand am 2. Juli 2012 im Wr. Rathaus statt. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, zusätzlich wurde Robert Konrad in das Gremium berufen. In der nächsten Arbeitsperiode soll versucht werden, vor allem jüngere Mitglieder und Aktivist/inn/en zu gewinnen. Verstärkt soll auf die Möglichkeit der steuerlichen Absetzbarkeit von Spenden an den wissenschaftlichen Arm von SADOCC, die „Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies“ aufmerksam gemacht werden.

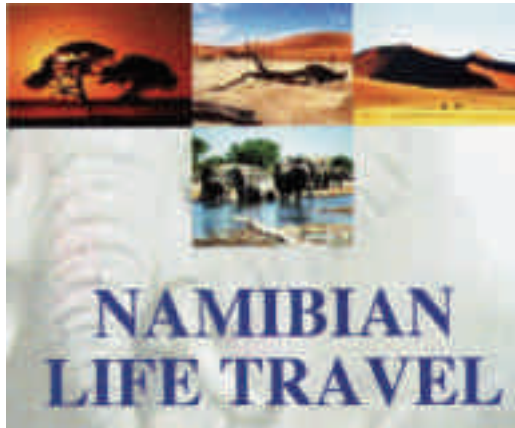
Die SADOCC-Bibliothek ist für Leser/innen wieder ab 2. Oktober, jeweils Dienstag von 14 bis 18 Uhr, geöffnet. Sondertermine auf Anfrage möglich (office@sadocc.at).

Neu bei SADOCC. Das SADOCC-Büro wird nun von Magdalena Waygand und – neu – von Stephi Pongratz

betreut. INDABA freut sich auf eine gute Zusammenarbeit! Ebenso neu als Layouterin von INDABA: Elisabeth Koller. Alles Gute!

Besucher in der SADOCC-Bibliothek: Raymond Louw (Johannesburg), Wellington Chibebe (Harare/Brüssel).

Swimming South Africa. Mit Förderung des österreichischen Sportministeriums ist SADOCC eine Kooperation mit dem südafrikanischen Schwimmverband, *Swimming South Africa*, eingegangen. Dabei geht es um die Abhaltung von Schwimmunterricht an zwei Schulen nördlich von Durban in Südafrika. In den vergangenen Monaten wurden insgesamt vier Schwimmlehrer/innen ausgebildet, die nunmehr die Jugendlichen trainieren sollen. Die feierliche Eröffnung des „österreichischen Schwimmprojekts“ findet am 6. Oktober in Anwesenheit von Vertreter/innen der Provinzregierung von KwaZulu-Natal und des südafrikanischen Schwimmverbands statt. INDABA wird darüber berichten.



Reisen nach Namibia?

Die Österreichische Namibia-Gesellschaft und Namibian Life Travel – das österreichische Reisebüro in Windhoek – haben Anfang September 2012 eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen.

Mitglieder von ÖNG und SADOCC sowie deren Freundinnen und Freunde, die ihren Aufenthalt in Namibia über NLT buchen, erhalten eine Preisvergünstigung sowie eine von ÖNG und NLT gemeinsam erstellte Informationsbroschüre über die touristischen und entwicklungspolitischen Aspekte einer Reise nach Namibia.

Ernst Wallner (NLT) und Wilfried Wollmann (ÖNG) beraten darüber hinaus gerne über touristische Ziele, Sehenswürdigkeiten und mögliche Unterkünfte (inkl. Township Tours und einheimische Lodges).

Derzeit finden auch Gespräche mit Air Namibia statt, um eine Verbilligung der Flüge für Namibia-Reisende zu erreichen.

Kontakt (beim ersten Mal am besten beide Adressen verwenden):

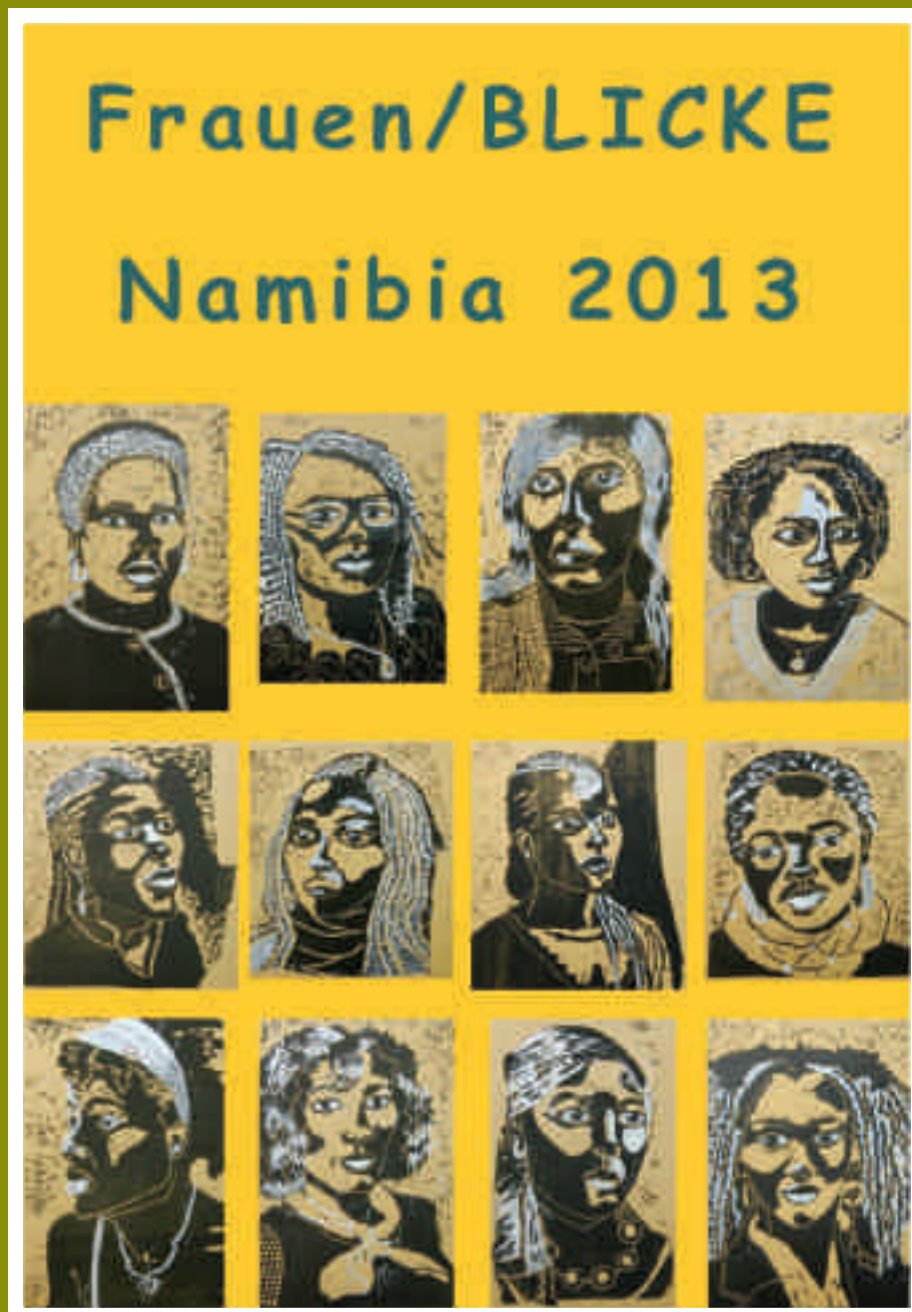
namibian-life-travel@iway.na

namibia@sadocc.at

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Verlagsadresse:
A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1



Kalender der Österreichischen Namibia-Gesellschaft: Jetzt bestellen!

**(Einzahlung von Euro 15.- plus 5.- Versandkosten
auf das Konto PSK, BLZ 60000, Nr. 92.000.III)**